

# Politische Wirksamkeit : Wahlen und Abstimmungen

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel**

Band (Jahr): **165 (1987)**

PDF erstellt am: **29.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

gien sie genossen. Wenige unter ihnen sind der Arbeiterbewegung treu geblieben, noch geringer ist die Anzahl jener, die sich ihr in führenden, aber bürdereichen und nicht immer gut honorierten Funktionen zur Verfügung stellten.

## 9. Kapitel:

### *Politische Wirksamkeit: Wahlen und Abstimmungen*

#### A) Wahlen

##### a) Grossratswahlen

Seit 1896 nahm die Sozialdemokratie den dritten Rang unter den Basler Parteien ein, aber noch stand sie um die Jahrhundertwende weit hinter der herrschenden Freisinnigen Partei und der wichtigsten Oppositionspartei, den Konservativen, zurück: Gegen deren 68 bzw. 44 Grossratsitze fielen ihre 12 Mandate kaum ins Gewicht. Dies änderte sich entscheidend in den anderthalb Jahrzehnten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs: 1905 überflügelte die SP erstmals die Konservativen (die der Einfachheit wegen auch im folgenden trotz dem Namenswechsel so genannt werden), 1908 wurde sie zur grössten Partei des Kantons und vermochte diese Stellung in den nächsten Jahren noch auszubauen.

Vier Hauptursachen dürften diese Entwicklung ermöglicht haben: die ständige Verbesserung der Organisation und damit der Agitation; der auch die bisher politisch indifferenten Arbeiterschichten mitreissende Klassenkampf; der Abnützungsprozess, dem sich auch die seit 1875 an der Macht befindliche Freisinnige Partei nicht entziehen konnte; schliesslich und vor allem der Übergang zum proportionalen Wahlsystem im Jahre 1905. Ebenso entscheidend wie alle vorgenannten Gründe dürfte sich das Anwachsen der Arbeiterbevölkerung ausgewirkt haben.

Die letzten Gesamterneuerungswahlen in den Grossen Rat nach dem Majorzsystem fanden im Jahre 1902 statt. Durch die Statutenrevision von 1901 und die schon ein Jahr vorher erfolgte Neuordnung der Agitationstätigkeit hatte sich die Partei eine günstige organisatorische Grundlage verschafft. Heftige Angriffe gewerblicher Kreise gegen die sozialdemokratische Bewegung boten die Möglichkeit, im Wahlkampf ebenfalls mit scharfem Geschütz aufzufahren. Nicht geringe Hoffnungen setzte man in der Sozialdemokratie auf die vom Grossen Rat im Oktober 1901 beschlossene Neueinteilung der Wahlquartiere, welche die freisinnige Wahlkreisgeometrie zwar nicht abschaffte, aber doch milderte. Die starke Bevölkerungszunahme der Stadt hatte die einzelnen Quartiere sehr ungleich betroffen; die Neueinteilung versuchte, dieser Entwicklung so gut wie möglich Rechnung zu tragen. Da die beiden bisherigen Arbeiterhochburgen, Bläsi- und Horburgquartier, zusammen neun Sitze mehr zugewiesen erhielten, durfte sich die SP hier namhafte Gewinne errechnen; aber auch in den Ausenbezirken der ausserhalb des Stadtzentrums gelegenen, ebenfalls stark gewachsenen Quartiere Grossbasels waren bei geschickter Taktik Eroberungen zu machen. Trotzdem blieb man in der Parteiführung realistisch: Solange der den Freisinn

begünstigende Majorz die Grundlage der Grossratswahlen blieb, würde die SP im kantonalen Parlament weit unter ihrer wirklichen Stärke vertreten sein.<sup>1)</sup>

Das am 10. April 1902 im «Vorwärts» veröffentlichte Wahlprogramm hielt sich im Rahmen der bisherigen Forderungen der Partei; noch fehlte das klassenkämpferische Vokabular fast vollständig. Eine Wählerversammlung vom 17. April stellte die definitive Liste der Kandidaten auf. Für das Bläsi- und Horburgquartier wurden vollständige, für die übrigen Stadtquartiere gebrochene Listen veröffentlicht; in den drei Landgemeinden verzichtete man auf Wahlvorschläge. Mit 44 parteieigenen Kandidaten und zwei Sympathisanten trat die Sozialdemokratie in bisher noch nie erreichter Stärke auf. Die bekanntesten bisherigen Ratsmitglieder wurden in verschiedenen Quartieren bis zu viermal portiert. Für den ersten Wahlgang lehnte die Partei jeden Kompromiss ab. Erstmals zog sie mit einer beträchtlichen Anzahl von Akademikern in den Kampf. Besonders gespannt war man auf das Abschneiden Wassilieffs. Nicht weniger als 18 von den 46 Kandidaten vertraten als Arbeiter oder Angestellte, Verwaltungs- oder Genossenschaftsräte die Interessen der Genossenschaftsbewegung, was von den gegnerischen Parteien gebührend herausgestrichen wurde.

Bei einer Stimmbeteiligung von 57,6% wurden im 1. Wahlgang vom 26./27. April nur 56 Kandidaten, worunter fünf Sozialdemokraten, gewählt. So war die bisher noch nie erreichte Zahl von 74 Stichwahlen nötig. Der Freisinn, der um seine Mehrheit im Rat besorgt war, legte der Sozialdemokratie, die ihre Stärke vor allem bei den Regierungsratswahlen bewiesen hatte, einen Kompromissvorschlag vor. Er wurde von einer Vertrauensmännerversammlung der SP nach reger Diskussion angenommen. Der Freisinn erklärte sich bereit, 20 Sozialdemokraten auf seine Listen aufzunehmen, von denen sechs auf das Bläsi- und neun auf das Horburgquartier entfielen. Im Interesse der Mehrheitspartei verzichtete die SP dafür auf eine Wahlbeteiligung in jenen Quartieren, wo sie im ersten Wahlgang am ungünstigsten abgeschnitten hatte.<sup>2)</sup> Der Erfolg der erneuten «Würgeallianz» war für beide Partner durchschlagend: Der Freisinn vermochte, wenn auch recht knapp, seine Mehrheitsstellung zu bewahren, die Sozialdemokratie mit 22 Mandaten ihre Vertreterzahl fast zu verdoppeln; grosser Verlierer war die Konservative Partei.

Die SP war nun in Grossbasel mit vier, in Kleinbasel mit 18 Abgeordneten im kantonalen Parlament vertreten. Bei den Gewählten fehlten die in der sozialdemokratischen Wählerschaft bedeutenden Berufsgattungen des Fabrik- und Staatsarbeiters ganz, dagegen war das Handwerk (fünf Gesellen, vier Meister) gut vertreten. Je drei sozialdemokratische Grossräte gehörten dem Wirstand und der Angestelltenschaft an, die gleiche Zahl hatte Vertrauensstellungen innerhalb der Arbeiterbewegung inne: Wullschleger, Frei und Wassilieff. Nicht weniger als sieben Gewählte waren in der Schweiz eingebürgerte Ausländer, so Wassilieff und der nach langen Jahren der Zurückhaltung erstmals wieder in die aktive Politik eingreifende Gutschmann.<sup>3)</sup>

Mit fieberndem Interesse sah die Sozialdemokratie den Grossratswahlen des Jahres 1905 entgegen, hatte doch im Februar das Basler Volk dem Grossratsproporz zuge-

stimmt. Bereits in der zweiten Märzhälfte wurden die Kandidaten aufgestellt, ob- schon der nun einzige Wahlgang erst auf das erste Mai-Wochenende bevorstand. Die Parteileitung verzichtete auf die Publikation eines eigentlichen Wahlprogramms; sie begnügte sich mit dem Verweis auf das Arbeitsprogramm der schweizerischen Partei. Dass der Proporz es erlaubte, ohne jegliche Vereinbarung mit andern Parteien in den Wahlkampf zu ziehen, erhöhte die Kampfeslust und die Stosskraft der Agitation. Es wurden in allen Quartieren ausser in Bettingen ausschliesslich Parteiangehörige als Kandidaten aufgestellt. Umfassende Streiks der Schlosser, Zimmerleute und Schrei- ner und die damit verbundene Klassenkampfatmosphäre wirkten sich günstig auf die Stimmbeteiligung der Arbeiterschaft aus, der bisher imposanteste 1. Mai-Umzug stärkte das Selbstvertrauen der potentiellen sozialdemokratischen Wähler.

Bei einer Wahlbeteiligung von 66,6%, wie sie seit 1884 nie mehr erreicht worden war, ging die Sozialdemokratie als Sieger des Tages hervor, gelang es ihr doch, ihre Vertreterzahl von 22 auf 38 zu erhöhen und damit zur zweitstärksten Partei des Kan- tons zu avancieren, zugleich aber auch, die jahrzehntelange freisinnige Mehrheit im Grossen Rat zu brechen, konnte doch die führende Partei nur noch 51 Mandate aus den ersten Proporzahlen retten. Der «rote Tag» wurde im Grütliheim überschweng- lich gefeiert. Bedeutsam war, dass der SP in sämtlichen Wahlquartieren Erfolge be- schieden waren: 17 Kandidaten wurden in Grossbasel, 19 in Kleinbasel, je einer in den Landgemeinden Riehen und Kleinhüningen gewählt. Sowohl die sozialdemokra- tischen wie die gegnerischen Wahlkommentare waren sich darin einig, dass der in die- sem Ausmass von niemandem erwartete Mandatszuwachs nicht nur im neuen und ge- rechteren Wahlsystem, sondern auch in der Aussperrungsdrohung der Meister des Baugewerbes begründet war, die der SP in letzter Stunde ein vorzügliches Agitations- mittel geliefert hatten. Von ebenso grosser Bedeutung war aber die Parteidisziplin der sozialdemokratischen Wähler. Während bei den Katholiken und den sich nun Li- berale nennenden Konservativen über 11% und bei den Freisinnigen 7,3% pana- schierten, schrieben bei den Sozialdemokraten nur 4,6% parteifremde Namen auf ihre Listen.<sup>4)</sup>

Noch früher als üblich und mit verbessertem Agitationssystem wurden die Vorbe- reitungen für die Wahlen von 1908 in Angriff genommen, setzte man sich in der Par- teileitung doch das Ziel, den Freisinn zu überflügeln und zur stärksten Partei des Kantons zu werden. Es hatte sich in der Zwischenzeit herausgestellt, dass die Zahl von 53 bei den letzten Wahlen portierten Kandidaten nicht genügte, da in einigen Quartieren keine Ersatzmänner für ausscheidende Grossräte zur Verfügung standen. So wurden diesmal 67 Parteigenossen, worunter 29 Bisherige, aufgestellt. Erstmals machte man von der Möglichkeit der parteioffiziellen Kumulation Gebrauch und be- vorzugte die Bisherigen und einzelne Spitzenkandidaten in ausgesprochen bürgerli- chen Quartieren. Die berufliche Zusammensetzung der Kandidaten zeigt ein starkes Anwachsen der Funktionäre in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft sowie der Staatsangestellten und -arbeiter und einen deutlichen Rückgang der Selbständig-

erwerbenden; unter den Arbeitern herrschten die im handwerklichen Kleinbetrieb Beschäftigten weiterhin bei weitem vor.

Die Wahlen vom 6./7. Mai 1908 brachten der Sozialdemokratie den erhofften Erfolg: Mit 43 Mandaten vermochte sie die auf 41 Sitze zurückfallende Freisinnige Partei zu übertreffen und zur stärksten Fraktion im Grossen Rat aufzusteigen. Nachdem sie schon seit Jahren im Horburgquartier die höchste Stimmenzahl aufgewiesen hatte, vermochte sie sich jetzt auch im St. Johann-, im Spalen- und im Bläsiquartier vor die andern Parteien zu stellen und im Riehenquartier mit dem Freisinn gleichzuziehen, in allen übrigen Stadtquartieren stand sie nach der Mandatzahl an zweiter Stelle. Die konservativen «Basler Nachrichten» stellten mit Bedauern fest, dass ausgerechnet Basel-Stadt, die ehemalige konservative Hochburg, der erste eidgenössische Stand sei, in dem die Sozialdemokratie sich zur stärksten Partei entwickelt habe. Hauptursache dafür bilde weniger die ständig zunehmende Industrialisierung als der Umstand, dass rund 5000 Stimmberechtigte, also ein Viertel aller Wahlfähigen, Staatsangestellte seien: ca. 1400 kantonale Beamte, 1100 kantonale Staatsarbeiter und 2500 eidgenössische Beamte, Angestellte und Arbeiter. Da die SP deren Interessen als einzige Partei mit Nachdruck vertrete, dürfe sie auch weitgehend mit der Wahlunterstützung dieser Kreise rechnen. Die freisinnigen Schweizer Zeitungen gaben fast unisono dem Proporz an der freisinnigen Wahlniederlage schuld, wogegen die «Basler Nachrichten» replizierten, wenn noch nach dem Majorzsystem gewählt worden wäre und alle Parteien getrennt in den Wahlkampf getreten wären, so hätte die SP die absolute Mehrheit im kantonalen Parlament errungen. Fragwürdig ist auch die Behauptung, die Sozialdemokratie habe «das letzte Bein» mobilisiert. Eine Analyse der Wahlbeteiligung nach Berufsarten im Aeschenuartier durch das Statistische Amt erweist, dass gerade die im dazugehörigen Gundeldingerquartier sehr stark vertretenen Arbeiter und Eisenbahner in geringerer Zahl zur Urne gingen als die andern Bevölkerungsschichten, was eher dafür spricht, dass die SP über eine grössere Wählerreserve verfügte als andere Parteien – vielleicht mit Ausnahme der Katholischen Partei.<sup>5)</sup>

Den Wahlen des Jahres 1911 ging, gemäss der Volkszählung von 1910, eine Neuverteilung der Grossratssitze auf die verschiedenen Wahlquartiere voraus, was Prognosen über den Ausgang erschwerte. Die im Februar 1911 gegründete Fortschrittliche Bürgerpartei, eine ausgesprochene Mittelstandspartei, musste nach Lage der Dinge durch ihre Beteiligung am Wahlkampf eher eine Konkurrenz für den Freisinn darstellen als für die Sozialdemokratie, gegen die ihre Wahlpropaganda vor allem gerichtet war. Im übrigen schöpfte die SP ihre Zuversicht vor allem aus dem Bewusstsein der unaufhaltsamen Industrialisierung des Stadtkantons, hatte Regierungsrat Mangold doch eben noch in der Grossratssitzung vom 9. März erklärt, Basel-Stadt besitze eine Arbeiterbevölkerung von ca. 24 000 Familien bei einer Gesamtbevölkerung von 135 918 am 1. Dezember 1910.<sup>6)</sup>

Über die minutiösen Wahlvorbereitungen ist an anderer Stelle ausführlich berichtet worden. Der seit dem Maurerstreik von 1903 andauernde Klassenkampf zeigte

erneut sein Doppelgesicht: Lieferte er der SP einerseits Munition für ihre Wahlpropaganda, so mussten andererseits zahlreiche potentielle Grossratskandidaten aus Rücksicht auf ihren mit sofortiger Entlassung drohenden Arbeitsherrn auf eine Aufstellung verzichten. Wieder kam es der Sozialdemokratie zugut, dass die Wahlen kurz auf die mächtige 1. Mai-Demonstration folgten. Die SP stellte eine Liste mit 79 Kandidaten auf. Ein Einsender, zweifellos Joneli vom Statistischen Amt, wies im «Vorwärts» nach, dass die sozialdemokratische Liste der tatsächlichen berufsmässigen Gliederung der Wahlberechtigten weitaus am nächsten komme.

Bei sehr hoher Wahlbeteiligung (69,2%) gelang es der SP am 6./7. Mai 1911, ihre führende Stellung noch auszubauen: Mit 47 Mandaten liess sie den auf 36 Sitze zurückfallenden Freisinn weit hinter sich. Ihre Stellung im Grossen Rat verbesserte sich noch dadurch, dass die sogenannten bürgerlichen Parteien stark zersplittert waren, was allerdings bei der klaren Trennung zwischen Links und Rechts in der Klassenkampfsituation nicht allzu stark ins Gewicht fiel. Neben ihren alten Hochburgen, Horburg und Bläsi, vermochte die Sozialdemokratie nun auch im dritten Kleinbasler Quartier, im Riehenquartier, die höchste Mandatszahl zu erreichen; im Horburgquartier kam es erstmals zu einer absoluten sozialdemokratischen Mehrheit. Aber auch in Grossbasel wurden Fortschritte erzielt, stand doch die SP nur noch knapp hinter dem Freisinn zurück und liess die andern Parteien deutlich hinter sich.<sup>7)</sup>

Bei einer Analyse der auf der sozialdemokratischen Liste Gewählten nach Berufsgattungen fällt zunächst das starke Vordringen der unteren Staatsangestellten und -arbeiter, der späteren VPOD-Vertreter, auf, machten diese doch zusammen mit den Eisenbahnangestellten 23,4% der Fraktion aus, gleich viel wie die Berufsarbeiter, die weiterhin vornehmlich in Kleinbetrieben beschäftigt waren und zusammen mit zwei Vorarbeitern einer Maschinenfabrik der «Arbeiteraristokratie» angehörten.<sup>8)</sup> Eine fast ebenbürtige Stellung (19,1%) nahmen die Funktionäre von Partei, Gewerkschaft und Genossenschaftsbewegung ein. Nur noch 10,6% der sozialdemokratischen Grossräte rekrutierten sich aus der Schicht der Selbständigerwerbenden. Je drei Vertreter (6,4%) stellten die Advokaten und die Sekundarlehrer sowie die Büroangestellten und Prokuristen. Stark zurückgegangen war die Zahl der Parteiwirte, die um die Jahrhundertwende noch eine bedeutende Rolle in der Fraktion gespielt hatten: Nur noch Pfister und Hotelier Türke vertraten diesen auch in der älteren ausländischen Arbeiterbewegung Pionierdienste leistenden Berufsstand.

Die letzten Vorkriegswahlen in das kantonale Parlament fanden unter neuen Aspekten statt. Es hatte sich in den bisherigen drei Proporzahlen erwiesen, dass die Parteivertretungen nicht genau den Parteistärken entsprachen. So entschloss sich der Grosse Rat, die überlieferte Einteilung in neun Quartiere fallen zu lassen und die heute noch gültigen drei grossen Wahlkreise zu schaffen, zu denen noch Riehen und Bettingen mit kleiner Mandatszahl kamen. Obschon die SP als grösste Partei von dieser Änderung Nachteile zu erwarten hatte, da sie 1911 bei der Verteilung der Restmandate günstig abgeschnitten und fünf Sitze mehr errungen hatte, als ihr gemäss der

theoretischen Parteistärke zustanden,<sup>9)</sup> unterstützte sie die Vorlage, einmal, weil sie die Wahlgerechtigkeit vor das Einheimsen einiger Mandate stellte, zum andern, weil die Neueinteilung der Wahlkreise die Agitation wesentlich vereinfachte.<sup>10)</sup>

Diese musste nun in den drei Wahlkreisen von den entsprechenden Quartiervereinen von Anfang an koordiniert werden, womit man schon im März 1914 begann. Erstmals nahm die Partei von der Politik der offenen Tür Abstand. Zutritt zu den entscheidenden Wählerversammlungen, die die definitiven Parteilisten erstellten, erhielt nur, wer das Mitgliederbüchlein vorweisen konnte. Die schlechte Beschäftigungslage, die nach bisheriger Erfahrung bei der davon am meisten betroffenen Fabrikarbeitserschaft und bei den im Baugewerbe Beschäftigten leicht zu politischer Apathie führte, und das Wissen um die Nachteile der neuen Wahlkreiseinteilung liessen in der Parteileitung keine optimistischen Prognosen zu: Der Wahlkampf war von Anfang an auf die Erhaltung des Status quo ausgerichtet.

Tatsächlich konnte nicht einmal dieses Ziel erreicht werden: Die Abstimmung vom 2./3. Mai brachte zum erstenmal einen Rückgang der Mandatzahl um 3 auf 44. Dass der Freisinn einen noch grössern Verlust erlitten hatte und nur noch mit 28 Sitzen zu Buch stand, war ein geringer Trost, waren doch dessen verlorene Mandate grösstenteils der weiter rechts stehenden Fortschrittlichen Bürgerpartei zugefallen. Der «Vorwärts»-Wahlkommentator zog aus dem Rechtsrutsch den Schluss: «Je mehr sich die bürgerliche Vertretung nach rechts orientiert, desto entschiedener muss die unsrige nach links drängen.» Da der Konjunkturabschwung die Arbeiterbevölkerung dezimiert und die SP dennoch einen leichten Stimmenzuwachs erfahren hatte, rechnete man sich in Kreisen der Parteileitung Stimmengewinne aus bisher der Sozialdemokratie fern stehenden Wählerkreisen aus und schöpfte daraus Mut für die Zukunft.

Eine Berufsanalyse der letzten Vorkriegsfraktion der SP im Grossen Rat zeigt einen starken Rückgang der Mandatäre aus den Kreisen der untern Staatsangestellten und der Staatsarbeiter (Strassenwarte, Tramangestellte) sowie der Eisenbahner (von 23,4% im Jahre 1911 auf 11,4%). Es hatte sich im Verlaufe der letzten Amtsperiode doch erwiesen, dass nur eine kleine Zahl dieser Berufsschicht den bildungsmässigen Voraussetzungen eines kantonalen Volksvertreters gewachsen waren; diese wurden denn auch wiedergewählt und bewährten sich. Konstant blieb die Schicht der Funktionäre (18,2% gegen 19,1% im Jahre 1911), desgleichen jene der Selbständigerwerbenden (11,4% gegen 10,6%). Stärker als je waren die Berufsarbeiter inkl. Vorarbeiter in der Fraktion vertreten, stieg doch deren Prozentzahl von 23,4 auf über 30 an. Eine beachtliche Stellung nahmen die Sekundarlehrer ein (11,4%); zwei davon, Fritz Hauser und Gustav Wenk, sollten in der Zwischenkriegszeit noch eine bedeutende Rolle in der kantonalen und eidgenössischen Politik spielen. Dagegen reduzierte sich die Zahl der Juristen auf den Parteiadvokaten Dr. Welti, der mit Gewerbeinspektor Dr. Strub und Sekundarlehrer Dr. Baumeister das kleine Kollegium der sozialdemokratischen Akademiker bildete.<sup>11)</sup>

Der parlamentarische Aufstieg der Basler Sozialdemokratie vom ersten Sitzgewinn

im Jahre 1886 bis zur dominierenden Stellung in der unmittelbaren Vorkriegszeit hat viele Vertreter der traditionellen Parteien stark beeindruckt; manche standen dieser Entwicklung ratlos oder voll Ressentiments gegenüber.<sup>11a)</sup> Die besten Köpfe der SP liessen sich von den Erfolgen nicht berauschen, wie dies teilweise in der deutschen Sozialdemokratie der Fall war, deren Aufstieg allerdings gerade in Basel wesentlich zum Selbstbewusstsein der politisch organisierten Arbeiterschaft beitrug. Man war sich in der Parteiführung bewusst, dass die wirtschaftlich-soziale und die politische Entwicklung der Partei früher oder später den Weg zur Mehrheit ebnen würden. So galt es zwar, diese Entwicklung zu beschleunigen; da aber kaum einer der verantwortlichen Parteipolitiker der unmittelbaren Vorkriegszeit an einen gewaltsamen Umsturz dachte, konnte eine Politik auf lange Sicht getrieben werden. Die Folge war, dass man nicht auf Sesselgewinne à tout prix ausging, sondern vor allem die Stimmenzahl zu vergrössern trachtete und kleine Rückschläge in der Mandatzahl, wie jenen von 1914, gelassen hinnahm. Die Ungeduld war nie Hausmeister in der Basler Sozialdemokratie der Vorkriegszeit.

#### *b) Die sozialdemokratische Grossratsfraktion*

Seit dem Spätjahr 1891 waren die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft im kantonalen Parlament in der lose gefügten «Gruppe sozialdemokratischer Grossräte» zusammengefasst. Nach den Wahlen von 1902, die der SP 22 Mandate eintrugen, wurde eine straffere Organisation notwendig. Erstmals tauchte nun der Name «Fraktion» auf. Ein – leider nicht mehr erhaltenes – Fraktionsreglement legte die Grundlage für eine wirkungsvolle Arbeit im Rat und für die Koordinierung der Tätigkeit von Partei und parlamentarischer Vertreterschaft.<sup>12)</sup>

Für die Jahre 1903–14 liegen nur geringe Lücken aufweisende Fraktionsprotokolle vor, die Verhältnisse zwischen 1900 und 1903 können teilweise aus Hinweisen im Parteiblatt erschlossen werden.<sup>13)</sup>

Während in der SPS jahrzehntelang ein gewisser Gegensatz zwischen der eher radikaleren Parteileitung und der Fraktion bestand,<sup>14)</sup> lässt sich ein solcher in der Basler Partei nicht nachweisen. Das kann kaum verwundern, herrschte doch bei der schmalen Rekrutierungsbasis für die Führerschaft weitgehend Personalunion. Diese variierte in den 15 Jahren vor Kriegsausbruch zwischen 35% und 85%. Wie gross der Einfluss der Fraktion in der Partei seit 1908 war, geht daraus hervor, dass jene gelegentlich eines ihrer Mitglieder als Präsidenten des Parteikomitees vorschlug und damit durchdrang.

Dagegen bekam die Fraktion die Kontrollfunktion der Parteiversammlung, der sie alljährlich zuerst mündlich, später schriftlich Bericht zu erstatten hatte, sehr intensiv zu spüren.

Nicht ohne Spannung gestaltete sich das Verhältnis zwischen der Fraktion und den sozialdemokratischen Regierungsräten, besonders seit der Wahl Blochers im Jahre 1910. Nicht nur waren die beiden Amtspersonen wegen beruflicher Überlastung



häufig am Besuch der Fraktionsversammlung verhindert; sie scheinen auch mit letzter Konsequenz das Kollegialitätsprinzip der Regierung hochgehalten und sich damit immer wieder der Kritik der begreiflicherweise vornehmlich den Parteistandpunkt vertretenden Grossräte ausgesetzt zu haben.

1905 wurde der ursprünglich nur drei Mitglieder umfassende Fraktionsvorstand auf fünf Mitglieder erhöht und bestand von nun an aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Kassier und je einem protokollierenden und korrespondierenden Sekretär. Das Fraktionspräsidium hatten nacheinander Tobias Levy (1899–1902), Gottfried Krebs (1903–1907), Eduard Forster (1907–1910), Johann Frei (1910–1912), Dr. Franz Welti (1912–1914) und Fritz Hauser (ab 1914) inne. Seit 1905 amtierten nacheinander Robert Pfister und Wilhelm Kreuter in Personalunion als Partei- und Fraktionskassiere, was es ermöglichte, die Finanzen der beiden Institutionen aufeinander abzustimmen. Am längsten gehörte dem Vorstand Parteiveteran Karl Bürgin-Haas an.

Die Fraktionssitzungen fanden ordentlicherweise seit dem Spätjahr 1904 am Montagabend statt, ausserordentlicherweise zu jeder beliebigen Zeit, gelegentlich sogar kurz vor der Eröffnung der Grossratssitzung. Bis 1908 traf man sich vornehmlich im Grütliheim, anschliessend im Schwarzen Ochsen und seit 1911 im alkoholfreien Johanniterheim, zur Genugtuung der zahlreichen Abstanten der Fraktion. Zwischenhinein wurden auch die der Fraktion angehörenden Parteiwirte berücksichtigt.

Die schon in den neunziger Jahren vorzügliche Sitzungspräsenz bei den Grossratssitzungen zeichnete die Fraktion auch in der Vorkriegszeit aus, was die gegnerischen Parteien mit einigem Neid verzeichneten.<sup>15)</sup> So wies sie für das Amtsjahr 1908/09 eine Anwesenheit von 92% auf, eine Zahl, welche die beiden historischen Parteien bei weitem nicht erreichten. Eine solche Besuchsdziplin konnte nur erreicht werden, weil wichtige Sitzungen als obligatorisch erklärt und unentschuldig fehlende Fraktionsmitglieder im «Vorwärts» aufgeführt wurden. Seit 1909 legte die Fraktion zu Beginn der Grossratssitzungen sogar Präsenzlisten auf. Dieser Druck von seiten der Fraktionsleitung ergab sich aus der Parteienkonstellation, die seit 1908 Zufallsmehrheiten möglich machte. Noch günstiger stellte sich die Lage nach den Wahlen von 1911 dar, standen doch 65 Vertretern des Freisinns, der Konservativen und der Fortschrittlichen Bürgerpartei 65 Vertreter der SP und der Katholiken (inkl. eines katholischen Mitglieds des Männervereins Spalen) gegenüber, was den beiden Oppositionsparteien bei zuverlässigem Sitzungsbesuch gestattete, in wichtigen Wahlen ihre Vertreter durchzubringen, sofern sie sich einigen konnten.

Dagegen liess mit dem Anwachsen der Mandatzahl der Besuch der Fraktionssitzungen zu wünschen übrig; die Klagen darüber in den Protokollen sind Legion. Die Frequenz von 60% für das Jahr 1913 dürfte einen Durchschnittswert für die Jahre 1905–1914 darstellen. Das Fraktionsreglement schrieb vor, dass die Namen der unentschuldig Fernbleibenden in der Parteizeitung veröffentlicht werden müssten, was jeweils bei Parteiversammlungen zu vehementen Angriffen des Parteivolks gegen die

Säumigen führte, vor allem dann, wenn diese auch den Quartiervereins- und Vertrauensmännerversammlungen fernblieben. Vielfach erfolgten die Vorwürfe allerdings zu Unrecht, war es doch gewissen Fraktionsmitgliedern infolge ihrer beruflichen Belastung beim besten Willen nicht möglich, jeder Sitzung beizuwohnen. Die beiden sozialdemokratischen Regierungsräte und Verwaltungsratspräsident Jaeggi haben die immer wieder erfolgenden parteigenössischen Anrempelien mit Gelassenheit und ohne dauerhaften Schaden für ihre Stellung in der Partei über sich ergehen lassen.

Die Forderung nach lückenlosem Erscheinen in den Fraktionssitzungen hatte ihren Sinn: Sie sollte der Fraktion ein möglichst geschlossenes Auftreten im Rat ermöglichen. Wenn die «Basler Nachrichten» ihr zugestanden, die disziplinierteste Gruppe im Rat zu sein, musste es mit den andern Parteien bedenklich bestellt sein.<sup>16)</sup> Tatsächlich bot die sozialdemokratische Fraktion seit 1905 in den Grossratssitzungen oft ein Bild der Verwirrung und des Widerspruchs. Nicht selten stritt man sich vor den parteipolitischen Gegnern, was für einen Beschluss die Fraktionsversammlung gefasst habe oder wie er auszulegen sei. Fast immer entstand die Unsicherheit daraus, dass einzelne Votanten an der Sitzung nicht teilgenommen und sich nicht genügend informiert hatten – etwa im Gegensatz zu Jaeggi, der kaum an der Hälfte der Fraktionssitzungen teilnehmen konnte, aber immer sehr genau über deren Beschlüsse auf dem laufenden war. Die Fehlbaren wurden jeweils nicht nur vom Fraktionsvorstand, sondern auch von der Parteiversammlung scharf angefasst, noch mehr allerdings jene Mitglieder, die sich bei heiklen Abstimmungen zu drücken versuchten.

Bezüglich der Abstimmungsdisziplin galt bis 1914 der Grundsatz: Einheitliche Stellungnahme bei Fragen, die das sozialdemokratische Programm grundsätzlich betrafen, sonst Stimmfreigabe. Von Stimmzwang im engeren Sinne konnte kaum die Rede sein, die Unterordnung unter die Parteibeschlüsse erfolgte freiwillig. Ältere und besonders angesehene Fraktionsmitglieder wie Gutschmann und Bürgin-Haas konnten sich ohne Schaden auch in wichtigen Fragen abweichende Voten oder Stimmabgaben leisten, hatten sich dann allerdings vor der Fraktion und der Parteiversammlung zu rechtfertigen; erst recht traf dies für die beiden Regierungsräte zu. Parlamentarier des zweiten Glieds wurden schärfer angefasst und mussten mit einer Rüge rechnen, Nichtwiederwahl wegen Verletzung der Fraktionsdisziplin ist hingegen kaum nachzuweisen. Der einzige Fall eines regelrechten Ketzergerichtes betraf den angesehenen Ratsveteranen Stadelmann wegen seiner Haltung in der Debatte über die Trennung von Kirche und Staat, die ihm als Parteiverrat ausgelegt wurde. Der Angeklagte wies darauf hin, dass er wegen langer Krankheit keine Parteianlässe mehr habe besuchen können und nicht gewusst habe, dass ein verpflichtender Parteibeschluss vorliege. Aus der Angelegenheit Stadelmann entwickelte sich eine grundsätzliche Diskussion über Parteidisziplin. Es waren vor allem die Gewerkschafter in der Fraktion, die einen Verstoss dagegen in einer so grundlegenden Frage mit dem Parteiausschluss bestraft sehen wollten, während die ausgesprochenen Politiker (Wullschleger, Hermann Blocher, Jaeggi und Gutschmann) der Freiheit der persönlichen Meinungsäusserung

das Wort redeten. Schliesslich wurde mit knappem Mehr einem Antrag Gutschmanns zugestimmt, die Sache sei für die Fraktion erledigt, nachdem Stadelmann seinen Irrtum eingesehen habe. Die Partei zeigte sich dann allerdings weniger konziliant, so dass Stadelmann nach langem Hin und Her verbittert den Austritt gab.

Alljährliche Fraktionsausflüge unter Einbezug der Familienangehörigen trugen zur Hebung der Kollegialität bei, doch scheint das vertraute Du nur unter näher Befreundeten üblich gewesen zu sein: Gewisse Unterschiede der sozialen, beruflichen oder amtlichen Stellung liessen sich bis 1914 nie ganz verwischen.

Vom normalerweise 5 Franken im Jahr betragenden obligatorischen Beitrag der Mitglieder an die Fraktionskasse waren jene befreit, die nachweisen konnten, dass sie durch den Sitzungsbesuch einen Lohnausfall erlitten. Die namhaften Beiträge, welche die Fraktion jeweils an die Parteikasse und an Ausgesperrte und Streikende ablieferte – so 556 Franken im Mai 1905 – zeugen davon, dass in Kampfzeiten die freiwilligen Spenden den obligatorischen Beitrag weit übertrafen.

In den Fraktionssitzungen wurden die Traktanden der nächsten Grossratssitzung Punkt für Punkt durchberaten. Wer eine Interpellation, einen Antrag oder eine Motion einreichen wollte, erhielt nur grünes Licht, wenn er sich exakt informiert hatte und die Mehrheit der Fraktion dafür zu gewinnen wusste. Auf eigene Faust vorgehende und schlecht informierte Interpellanten wie Dr. Wassilieff erhielten von der Fraktion schwere Rügen, ungeschickt Votierende wurden an der Parteiversammlung schärfster Kritik unterworfen. Im übrigen versuchte man nach Möglichkeit, dem Prinzip der Arbeitsteilung nachzuleben. Bei der Prüfung der Verwaltungsberichte wurde der Bericht jedes Departements den dafür Zuständigsten zur genauen Durchsicht übergeben; die grossen Vorstösse im Rat überliess man den Parteikoryphäen. So befassten sich die beiden Genossenschaftspolitiker Jaeggi und Angst vor allem mit Wirtschafts-, Finanz- und Steuerfragen. Juristische Probleme blieben den beiden Parteivadokaten Knörr und Welti vorbehalten, die zugleich die heftigsten Kritiker der Verwaltung, nicht zuletzt des unter parteigenössischer Führung stehenden Polizeidepartements waren, nachdem Wassilieff aus Basel weggezogen war. Für Angelegenheiten der Schule war neben den Lehrergrössräten, unter welchen Hauser schon in jungen Jahren hervorragte, vor allem Gutschmann zuständig. In den zahlreichen Streik- und Aussperrungsdebatten zeichneten sich die beiden Arbeitersekretäre Wassilieff und Grimm sowie Redaktor Frei durch schärfste Angriffe auf die Behörden und deren angeblich einseitige Bevorzugung der Arbeitgeber aus. Veteran Arnold wurde nach 1905 nur noch selten und dann vor allem bei der Wohnungspolitik ins Feuer geschickt. Zahlreich waren die Grossräte, die sich immer wieder der Belange der Staatsarbeiter und -angestellten annahmen, so Bürgin-Haas, Rimathé, Düby, August Strub und Jeggli. Gelegentliche Statistiken im «Vorwärts» über die Anzahl der Voten der verschiedenen Fraktionsmitglieder während einer Amtsdauer – ohne Namensnennung – beweisen, dass zwar eine Mehrzahl der SP-Grossräte sich regelmässig zum Wort meldeten, dass aber nicht wenige in Stummheit verharren, wohl nicht zuletzt

eine Folge fehlenden Selbstvertrauens wegen mangelhafter Bildung und der ungenügenden Beherrschung der schriftdeutschen Sprache.

Die Vorstösse der Sozialdemokraten im Grossen Rat entsprangen in den meisten Fällen persönlicher Initiative besonders aktiver Mitglieder. Häufig allerdings erfolgten sie unter dem Druck ausserparlamentarischer Gruppen. Unter diesen kam den Staatsangestellten und -arbeitern und dem die Gewerkschaftsbewegung vertretenden Arbeiterbund die grösste Bedeutung zu.

Die jahrelang zersplitterten Organisationen des Personals öffentlicher Dienste, die erst seit 1905 im Grossen Rat vertreten waren, sahen in immer stärkerem Mass in der SP ihre eigentliche Interessenvertretung. Es verging kaum ein Monat, ohne dass eine Gruppe ihrer Vertrauensleute vor der Fraktion ihre Klagen gegen die Verwaltung – vor allem die Tramdirektion und das Bau- und Sanitätsdepartement – vorbrachten und um Unterstützung bei der Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse bat. Die Fraktion ging – im Einverständnis mit dem Parteikomitee und dem Arbeiterbund – darauf ein, soweit es irgend möglich war, teils durch Vorstösse im Rat, teils durch direkte Aussprache mit den Verwaltungsspitzen. Dabei dürften im gleichen Ausmass das Verständnis für die tatsächlich bedenkliche Lage des untern Staatspersonals wie das Kalkül ausschlaggebend gewesen sein, dass die SP sich damit ein treues Wählerreservoir schaffen könne. Wie eng die sozialdemokratische Fraktion und der Staatsarbeiterverband, dem seit 1906 auch die Tramangestellten und seit 1909 die Polizisten angehörten, miteinander verbunden waren, geht einerseits aus den beträchtlichen Beiträgen hervor, die jeweils der Parteikasse aus dieser Organisation zuflossen, wenn eine für sie bedeutende Aktion bevorstand, andererseits aus dem Umstand, dass gelegentlich die Fraktion aufgefordert wurde, den Präsidenten des Verbands zu stellen.<sup>17)</sup>

Höchst unerfreulich entwickelte sich dagegen seit der Jahrhundertwende, vor allem seit der Anstellung Wassilieffs als Arbeitersekretär, das Verhältnis zwischen Fraktion und Arbeiterbund. In den Parteiversammlungen prallten die gegensätzlichen Auffassungen hart aufeinander. Von seiten des Arbeiterbunds warf man der Fraktion Untätigkeit, Ängstlichkeit und rein pragmatisches Vorgehen, ja Paktieren mit dem Klassenfeind vor. Diese hinwiederum beklagte sich darüber, sie werde bei Eingaben des Arbeiterbunds nicht oder zu spät informiert und durch die überstürzten Interpellationen Wassilieffs diskreditiert. Vor allem aber verwahrte sie sich gegen die aus ausländischer bzw. aus deutscher Quelle stammenden Ratschläge und Vorwürfe, zumal wenn sie vom Anarchisten Stelzer ausgingen. Bei einer Parteiversammlung vom Jahre 1903 stellte Wullschleger ein für allemal fest, Beschlüsse eines deutschen Parteitags könnten für die schweizerische Sozialdemokratie nicht massgebend sein.<sup>18)</sup> Erst unter dem der Fraktion als geachtetes Mitglied angehörenden Arbeitersekretär Adolf Gass verbesserte sich das Verhältnis der beiden für die sozialdemokratische Politik entscheidendsten Institutionen.

Neben den ausserparlamentarischen «Pressure Groups» gab es in der sozialdemokratischen Fraktion auch so etwas wie parlamentarische Gruppen. Die zahlreichste

und gewichtigste war wohl jene der Genossenschaftspolitiker, der es in immer stärkerem Ausmass gelang, die Fraktion hinter ihre Postulate zu stellen, allerdings nicht ohne dabei auf die Opposition Selbständigerwerbender wie Schreinermeister Gutschmann und Hotelier Türke zu stossen. Bedeutenden Einfluss übten in der unmittelbaren Vorkriegszeit die fünf Lehrer aus, die weitgehend die Schulpolitik der Fraktion bestimmten. Die wachsende Zahl der im sozialdemokratischen Abstinentenverein organisierten Alkoholgegner in der Fraktion wusste ihr Gewicht vor allem bei den zahlreichen Revisionen des Wirtschaftsgesetzes geltend zu machen – nicht zur Freude der Parteiwirte.

Während der Grosse Rat nicht anstand, Wullschleger und Blocher kurz nach ihrer Wahl turnusgemäss den Vorsitz in der kantonalen Exekutive zu übertragen, musste die Fraktion jahrelang dafür kämpfen, im Büro und in den Kommissionen des Grossen Rats eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung zu erhalten. Sie schloss zu diesem Zweck je nach der Wahlsituation mit dem Freisinn oder mit den Katholiken kurzfristige ad hoc-Wahlbündnisse ab, gelegentlich erst im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen. Die nach den Erfolgen der SP und der Katholiken bei den Grossratswahlen vom Mai 1908 erst während der Grossratssitzung – in Abwesenheit zahlreicher Freisinniger und Konservativer – zustandegekommene schwarz-rote Allianz wurde von den «Basler Nachrichten» unter dem Titel «Ein historischer Tag für den Grossen Rat» vermerkt. Sie erlaubte es den beiden bisher meist majorisierten Oppositionsparteien erstmals, ihre Vorschläge durchzubringen.

Wullschleger, der als erster Sozialdemokrat in der Funktion eines Beisitzers von 1899 bis zu seiner Wahl in die Regierung dem Grossratsbüro angehört hatte, gelang es, einzelnen Fraktionskollegen Eingang in die vom Grossen Rat gewählten Kommissionen zu verschaffen.<sup>19)</sup> Bei den Wahlen von 1902 wurde die SP aber wieder übergangen.<sup>20)</sup> Nach dem Wahlerfolg von 1905 war dies nicht mehr möglich. Ein Wahlkompromiss mit dem Freisinn erlaubte es der Sozialdemokratie, zwei Vertreter ins Grossratsbüro und eine angemessene Anzahl in die Kommissionen abzuordnen. 1907 amtegte Gottfried Krebs als erster sozialdemokratischer Grossratspräsident. Ein Durchbruch gelang der Fraktion mit Hilfe der rot-schwarzen Allianz im Jahre 1908, konnte sie doch erstmals je drei Mitglieder in den Bankrat der Kantonalbank (Jäggi, Bolliger, Levy) und in den Erziehungsrat (Gutschmann, Angst, Dr. Hermann Blocher) abordnen, nachdem Gutschmann schon 1904 als erster Sozialdemokrat in diese Behörde gewählt worden war. 1910 präsierte Jaeggi als zweiter Sozialdemokrat mit Auszeichnung das kantonale Parlament; er hatte bei der Wahl 91 von 96 Stimmen erhalten.<sup>21)</sup> Immer noch war die SP aber in den von der Regierung gewählten Verwaltungskommissionen stark untervertreten, wurden ihr doch nur zwölf von rund 100 Sitzen eingeräumt, wie Forster in einer Interpellation vom 8. Mai 1911 feststellte. Regierungsrat Speiser stellte eine gerechtere Behandlung in Aussicht,<sup>22)</sup> doch konnte auch 1914 noch nicht von einer angemessenen Vertretung die Rede sein. Bei Kriegsausbruch stand dem Grossen Rat in der Person von Emil Angst zum drittenmal ein

Sozialdemokrat und zum zweitenmal ein ausgesprochener Genossenschaftspolitiker vor. In den Erziehungsrat hielt anstelle des verstorbenen Bruno Gutschmann mit Fritz Hauser neben den Bisherigen, Angst und Dr. Blocher, jener Mann Einzug, der das Basler Schulwesen der Zwischenkriegszeit wie kein anderer prägen sollte.<sup>23)</sup> Der langjährige Fraktionschef Eduard Forster wirkte in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges mit Geschick als erster Ratssekretär. Die Basler Sozialdemokratie war – zum Missfallen ihrer Gegner zur äussersten Rechten und ihrer Kritiker bei der äussersten Linken – in den Staat hinein gewachsen. Sie war sich ihrer Verantwortung als stärkste Partei bewusst, und ihre bedeutendsten Vertreter im Parlament genossen das Ansehen ihrer Ratskollegen und des Grossteils der Bevölkerung.

### *c) Regierungsratswahlen*

Seit dem Jahre 1893 vertraten weite Kreise der Sozialdemokratie die Auffassung, die Partei müsse ihre wachsende Stärke durch Beteiligung an den Regierungsratswahlen bekunden. Als Kandidat kam allein Eugen Wullschleger in Frage. Dieser war aber der Ansicht, die Zeit für eine Mitwirkung in der kantonalen Exekutive sei für die SP noch in weitem Feld.

Die ersten Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrats im neuen Jahrhundert waren im April 1902 fällig. Schon zu Beginn des Jahres stand fest, dass der freisinnige Vertreter Philippi aus Altersgründen nicht mehr kandidieren werde. In der SP verstärkte sich auf diese Nachricht hin die Tendenz, mit Wullschleger in den Kampf zu ziehen, doch lehnte er erneut kategorisch ab und liess sich nur unter der Bedingung als Parteipräsident wiederwählen, dass seine Kandidatur nicht aufgestellt werde. Als Ende Januar das Gerücht aufkam, weitere bisherige Regierungsräte trügen sich mit Rücktrittsgedanken, verstärkte sich der Druck auf den Parteiführer. Dieser legte einer Parteiversammlung vom 18. März noch einmal alle grundsätzlichen, taktischen und persönlichen Gründe dar, die gegen eine Beteiligung an den kommenden Wahlen und seine Kandidatur sprachen, unterzog sich dann aber – wie 1897 – dem einhelligen Beschluss des Parteisouveräns, trotz allem den Kampf aufzunehmen. Sogleich setzte eine mächtige Pressepolemik gegen den sozialdemokratischen Kandidaten ein, die sich um dessen Nationalratsmandat bei einer eventuellen Wahl in die kantonale Exekutive drehte. Sie legte sich erst, als Wullschleger parteioffiziell – wohl schweren Herzens – verlauten liess, er werde, falls er gewählt würde, gemäss § 3 der Geschäftsordnung des Regierungsrats sofort sein Mandat in der eidgenössischen Volkskammer niederlegen. Wie 1897 war die SP gewillt, allein in den Kampf zu ziehen; eventuelle Vereinbarungen für den zweiten Wahlgang waren erst nach dem ersten zu erwägen. Eine freisinnige Parteiversammlung vom 18. April verwarf den Antrag, der SP freiwillig einen Sitz zu überlassen, mit grossem Mehr, wobei geltend gemacht wurde, die SP sei zu keinem Gegendienst bereit, da sie für den ersten Wahlgang nur ihren eigenen Kandidaten portiere. Eine Verkennung der Persönlichkeit Wullschlegers stellte

die Vermutung dar, dieser könnte als Chef des Departements des Innern den Arbeitgebern nicht genügend Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Im ersten Wahlgang wurden die fünf Bisherigen wiedergewählt; unter den Nichtgewählten stand Wullschleger mit Abstand (rund 4550 Stimmen gegen rund 3850 und 3350 der auf ihn folgenden konservativen Kandidaten) an der Spitze. Der Wahlkommentator des «Vorwärts» berechnete die Zahl der auf Wullschleger fallenden sozialdemokratischen Stimmen auf 2400; 1000 Stimmen seien ihm von Wählern anderer Parteien, 1150 von Parteilosen zugefallen.

Ob Wullschleger sich im zweiten Wahlgang durchsetzen könne, hing weitgehend von der Haltung des Freisinns ab, da die SP beschloss, erneut mit einer Einerliste in den Kampf zu ziehen. Da der vierte freisinnige Kandidat, Dr. Göttisheim, im ersten Wahlgang deutlich hinter Wullschleger und zwei konservativen Bewerbern zurückgeblieben war, schien es aussichtslos, ihn noch einmal zu portieren. Verzichtete man aber auf eine Stimmbeteiligung, so musste man ungünstigstenfalls mit einer Wahl zweier Konservativer und damit mit einer konservativen Mehrheit in der Regierung rechnen. So entschloss sich der Freisinn für das geringere Übel und portierte neben dem Konservativen Professor Albert Burckhardt-Finsler den Führer jener Partei, die dazu berufen war, ihn dereinst von der Führung zu verdrängen.

Im zweiten Wahlgang vom 3./4. Mai wurde Wullschleger mit grossem Vorsprung vor dem Konservativen Albert Burckhardt zum ersten sozialdemokratischen Regierungsrat Basels gewählt, während der zweite konservative Kandidat aus der Wahl fiel. Diesen Erfolg, der weit über die Kantons-, ja über die Landesgrenzen hinaus ein Echo fand, hatte die Sozialdemokratie weitgehend der für sie günstigen politischen Konstellation zu verdanken, ebenso sehr aber dem Ausbau der Parteiorganisation und der Agitation und der integren, in weiten Kreisen der Bevölkerung geachteten Persönlichkeit des Gewählten.

Wurde der Einzug ihres Vertrauensmannes in die kantonale Regierung in der Sozialdemokratie gebührend gefeiert, so blieb dieser, von Hause aus bescheiden und ohne ausgeprägten persönlichen Ehrgeiz, viel nüchterner. Zweifellos entsprach die Regierungstätigkeit und wohl noch mehr jene als Verwaltungsspitze in dem ihm zugewiesenen Departement des Innern durchaus seinen Interessen und Fähigkeiten. Ungern verzichtete er aber auf seine bisherige Tätigkeit als eidgenössischer Volksvertreter. Schwerer fiel ins Gewicht, dass er nun eine Politik zu decken hatte, die nicht die seine und nicht die der Sozialdemokratie sein konnte. Noch bedenklicher war, dass mit ihm der kantonalen Partei der eigentliche Führer verloren ging, der ihr in den kommenden turbulenten Jahren noch unersetzliche Dienste hätte leisten können. So entscheidend die Wahl Wullschlegers in den Regierungsrat und damit in das Departement des Innern für die zukünftige Sozialpolitik des Stadtkantons und damit für breiteste Volksschichten werden sollte – für die Partei erwies sich die Wahl als Pyrrhussieg.<sup>24)</sup>

War Wullschleger 1902 so gut wie einhellig, wenn auch gegen seinen eigenen Wil-

len, als Regierungsratskandidat erkoren worden, so machten sich im Vorfeld der Erneuerungswahlen von 1905 erstmals grundsätzliche Bedenken gegen eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung geltend. Am Dresdener Parteikongress der deutschen Sozialdemokratie von 1903 und am Amsterdamer Kongress der Zweiten Sozialistischen Internationale war das Problem der Regierungsbeteiligung zur Sprache gekommen. Ausgangspunkte waren einerseits der Eintritt des der Gruppe Jaurès angehörenden Millerand in ein bürgerliches Ministerium, andererseits der Wunsch der von Bernstein geführten deutschen Revisionisten gewesen, nach dem überwältigenden Wahlerfolg des Jahres 1903 den Stimmengewinn in Macht auszuwerten, d.h. das Vizepräsidium des Reichstags für sich zu fordern. Die Gegenposition wurde in Deutschland vor allem von Bebel, in Frankreich von den Guedisten vertreten. Der Dresdener Parteitag nahm daraufhin eine Resolution mit überwältigendem Mehr an, die erklärte, dass die Partei die Verantwortung für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände ablehne und dass sie daher keinen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft anstreben könne. Diese Resolution wurde anschliessend mit grossem Mehr vom Amsterdamer Kongress auf die internationale sozialistische Bewegung übertragen.<sup>25)</sup>

In Basel referierte im Oktober 1904 Karl Moor über das Amsterdamer Treffen und unterliess es nicht, mit Bezug auf die Resolution die Beteiligung schweizerischer Sozialdemokraten an den kantonalen Exekutiven anzuprangern. Diese Einwände machte nun an der Parteiversammlung vom 25. April 1905 der radikale Flügel der Partei, angeführt von Wassilieff, geltend. In welcher schiefen Lage ein einzelner sozialdemokratischer Regierungsrat inmitten einer bürgerlichen Behörde geraten konnte, hatte der Maurerstreik des Jahres 1903 mit aller Deutlichkeit bewiesen. Die Debatte fand, ähnlich wie jene in Amsterdam zwischen Bebel und Jaurès, auf rein sachlicher Ebene statt; trotz der in jenen Monaten sehr gespannten Atmosphäre innerhalb der Bewegung verzichtete man auf beiden Seiten auf jede persönliche Verunglimpfung. Schliesslich unterlag der Antrag Wassilieff auf Nichtbeteiligung jenem des Parteikomitees nach erneuter Portierung des im Mai 1904 zum Regierungspräsidenten gewählten Wullschleger mit 14 zu 91 Stimmen.

Wieder zog die Sozialdemokratie mit einer Einerliste in den Kampf, doch hatte sie diesmal für ihren Kandidaten nichts zu fürchten, wurde dieser, der sich durch seine Fachkenntnisse und seine Integrität das Vertrauen seiner Kollegen erworben hatte, doch von den andern Parteien unterstützt.

So wurde die Wahl zu einem persönlichen Triumph für den bescheidenen ehemaligen Büroangestellten, erzielte er doch 2500 bis 3200 Stimmen mehr als die andern Kandidaten, wobei er auch in den traditionell bürgerlichen Wahllokalen die höchste Stimmzahl erreichte. Dass sich gerade in diesen Tagen die Gerüchte verdichteten, Wassilieff werde Basel verlassen, mochte nicht nur in den zur Rückkehr lockenden russischen Verhältnissen begründet sein.<sup>26)</sup>



Seit 1905 ordnete die Sozialdemokratie die zweitgrösste Fraktion in den Grossen Rat ab. Dieser Umstand und die glänzende Wiederwahl Wullschlegers bewog die SP im Januar 1906, den Sitz des demissionierenden konservativen Regierungsrats Dr. Isaak Iselin für sich zu beanspruchen, hätte doch eine sozialdemokratische Zweiervertretung in der kantonalen Exekutive dem politischen Stärkeverhältnis entsprochen. Als Kandidat wurde Gewerbeinspektor Dr. Hermann Blocher, ein Mann von hervorragender Bildung und festen Grundsätzen, portiert, obschon er damals noch nicht 34 Jahre alt und erst nach seiner Wahl in den Grossen Rat im Mai 1902 zur Partei gestossen war. Obschon überzeugter Marxist, hatte sich Blocher bisher in der Öffentlichkeit noch wenig exponiert; vielen galt er vor allem als Vorkämpfer der Abstinenz. Aus gutbürgerlicher Familie stammend, genoss er auch in nichtsozialistischen, vor allem in akademischen Kreisen hohes Ansehen, zumal er sich in seinem heiklen Amt auch bei den Arbeitgebern Sympathien geschaffen hatte. Die Konservativen, die mit dem hervorragenden Juristen Professor Carl Burckhardt-Schazmann einen vorzüglichen Nachfolger Iselins zu präsentieren hatten, griffen über die «Basler Nachrichten» denn auch nicht Blocher, sondern Wullschleger an, dessen Amtsführung zwar keinerlei Angriffsflächen bot, dem man aber vorwarf, er habe seine in Arbeiterkreisen etwas verblasste Popularität durch Reden mit klassenkämpferischen Tönen aufzupolieren versucht.

Die Ersatzwahl vom 28. Januar verlief ergebnislos, fehlten doch Burckhardt drei Stimmen zum absoluten Mehr. Blocher vereinigte 39% aller Stimmen auf sich und siegte in sieben von sechzehn Wahllokalen – in Anbetracht dessen, dass er ausserhalb seiner eigenen Partei keine offizielle Unterstützung erhalten hatte, ein unerwartet günstiges Ergebnis. Für den zweiten Wahlgang bot die SP ihre ganze erste Garnitur zur Agitation auf. Wieder griff die bürgerliche Presse Blocher nicht direkt an, sondern wies auf den am letzten Oltener Parteitag der SPS zutage getretenen Antimilitarismus hin, als was man die Aufforderung an die Arbeiter, bei Truppenaufgeboten wegen Streiks nicht die Waffen gegen ihre Kameraden zu gebrauchen, hinstellte. Burckhardt wurde im zweiten Anlauf gewählt, Blocher vermochte seine Stimmenzahl aber auf 42% zu erhöhen, wobei er in der Hälfte aller Wahllokale als Sieger hervorging. In der Sozialdemokratie feierte man die Niederlage wie einen Sieg, zumal die ganze Agitation mit geringen finanziellen Mitteln – etwas über 400 Franken – durchgeführt worden war.<sup>27)</sup>

Einen Dämpfer erhielt der sozialdemokratische Optimismus, als bei der Ersatzwahl für den zurücktretenden freisinnigen Regierungsrat Reese vor allem die Eignung für die Übernahme des Baudepartements in den Vordergrund gestellt wurde. Blocher machte in der Parteiversammlung vom 17. Januar 1907 geltend, es fehlten ihm jegliche Sachkenntnisse; gegen den von den Freisinnigen portierten Technikumslehrer Stöcklin – politisch ein unbeschriebenes Blatt – werde er auf verlorenem Posten stehen.<sup>28)</sup> Auf Drängen hin nahm er die Kandidatur dennoch an, unterlag aber bei der Wahl vom 26./27. Januar 1907 deutlich. Dass er nur die Hälfte der Stimmen



*Dr. Hermann Blocher*

seines Gegenkandidaten erreicht hatte, wurde in der SP schmerzlich vermerkt, doch war die Agitation ohne Überzeugung durchgeführt worden, so dass viele potentiell sozialdemokratische Wähler der Urne fernblieben.<sup>29)</sup>

Bei den Gesamterneuerungswahlen des Jahres 1908 konzentrierte sich die SP völlig auf die Überflügelung des Freisinns im kantonalen Parlament und stellte für die Regierungsratswahlen nur eine Einerliste mit Wullschleger auf. Da dieser nur von den Katholiken Unterstützung erhielt, sah man der Wahl mit einigen Bedenken entgegen. Die Befürchtungen erwiesen sich als unnötig: Wullschleger blieb zwar etwas hinter den «bürgerlichen» Kandidaten zurück, wurde aber dennoch sicher gewählt.<sup>30)</sup>

Als zu Beginn des Jahres 1910 Regierungsrat Dr. David infolge seiner Wahl zum

Vizekanzler der Eidgenossenschaft von seinem Amt zurücktrat, bot die Freisinnige Partei der Sozialdemokratie als der stärksten Partei des Kantons den freiwerdenden Regierungsratssitz an. Erneut wurde Blocher nominiert. Er erhielt die Unterstützung der Katholiken, während die beiden traditionellen Parteien Wahlenthaltung empfahlen. Als Gegenkandidaten stellten ihm die Demokraten ihren Führer Dr. Schär entgegen. Bei geringer Stimmbeteiligung wurde Blocher, der in allen Wahllokalen an der Spitze lag, mit grossem Vorsprung gewählt; fast kampfflos war die Sozialdemokratie zu ihrem zweiten Regierungsratssitz gelangt. Zugleich war nach fast dreissigjähriger Dauer die freisinnige Regierungsmajorität zu Ende. Aber auch dieser Erfolg sollte sich für die SP als Pyrrhussieg erweisen. Der humanistisch gebildete Nationalökonom, der nach Neigung und Fähigkeiten einen ausgezeichneten Vorsteher des Erziehungs- oder des Departements des Innern abgegeben hätte, musste das Polizeidepartement übernehmen. Blocher war beweglich genug, sich in die ihm völlig neue Aufgabe zu finden, doch war vorauszusehen, dass ihn das Amt im Zeitalter des Klassenkampfes in Schwierigkeiten mit den radikalen Elementen der eigenen Partei bringen werde. Welche Ausmasse diese erreichen würden, war damals allerdings noch nicht abzusehen.<sup>31)</sup>

Als im Herbst desselben Jahres Regierungsrat Burckhardt-Finsler zurücktrat, stellte sich die Frage, ob die SP auf einen dritten Sitz in der kantonalen Exekutive Anspruch erheben solle, was bei der Stärke ihrer Fraktion und dem zu erwartenden Stimmenzuwachs bei der 1911 fälligen Gesamterneuerung des Grossrats nicht vermessen gewesen wäre. Die Parteiversammlung vom 13. Oktober verzichtete aber in weiser Zurückhaltung auf die Portierung eines parteieigenen Kandidaten, um 1911 nicht drei Positionen verteidigen zu müssen, und stellte den parteilosen als ausgesprochener Sozialpolitiker geltenden Kantonsstatistiker Dr. Mangold auf, der auch mit der Unterstützung des Freisinns und der Konservativen rechnen durfte. Dieser wurde denn auch glänzend – ohne Gegenkandidaten – gewählt.<sup>32)</sup> Er erhielt für den Rest der Amtsperiode das Erziehungsdepartement zugewiesen. Blocher, den ein Departementswechsel gereizt hätte, verzichtete im Interesse des Ganzen auf die Erfüllung seines persönlichen Wunsches.

Nachdem der Grosse Rat im Januar 1911 die sozialdemokratische Forderung nach dem Regierungsratsproporz trotz Unterstützung durch die Katholiken knapp abgelehnt hatte, entschloss sich die Parteiversammlung vom 3. April, aus taktischen Erwägungen für die kommenden Erneuerungswahlen ausser den eigenen beiden Kandidaten auch Mangold und die beiden auch in sozialdemokratischen Führungskreisen hoch angesehenen konservativen Amtsinhaber Carl Burckhardt-Schazmann und Paul Speiser auf ihre Liste zu nehmen.

Die Rechnung ging auf: Die fünf auf der sozialdemokratischen Liste Stehenden wurden im ersten Wahlgang gewählt, die freisinnigen Kandidaten erreichten das absolute Mehr nicht. Für den zweiten Wahlgang empfahl die SP Stimmenthaltung, was den Freisinnigen Stöcklin und Aemmer zur Wahl verhalf. In der ehemaligen Mehr-

heitspartei wurde das Zusammenspannen der Linken mit der Rechten mit Bitterkeit kommentiert, doch vergass man dabei, dass die Sozialdemokratie es sogar in der Hand gehabt hätte, dem Freisinn sein zweites Mandat streitig zu machen, wenn sie den katholischen, als Sozialpolitiker bekannten Kandidaten Feigenwinter unterstützt hätte. Soweit zu gehen, war man aber in der SP nicht bereit. Bei Regierungsratsproporz hätte die Sozialdemokratie auf einen dritten Sitz Anspruch erheben dürfen, aber ihre Position war in der Exekutive auch so recht stark, konnte sie doch in den meisten Fällen mit der Unterstützung Dr. Mangolds rechnen.<sup>33)</sup>

Recht spannungsvoll verliefen die letzten Regierungsratswahlen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Es lag ein einziger Rücktritt vor, allerdings ein gewichtiger: jener des Konservativen Professor Paul Speiser. Der «Vorwärts» stand nicht an, dem Scheidenden, einem scharfen Gegner der Sozialdemokratie, Grösse und Ritterlichkeit zu-zuerkennen. In zwei Parteiversammlungen vom März 1914 beschloss die SP, diesmal mit einer Dreierliste in den Kampf zu ziehen, auf der neben den parteieigenen Kandidaten erneut Mangold figurierte. Die Konservativen portierten neben Burckhardt-Schazmann neu Dr. Rudolf Miescher und nahmen ebenfalls Mangold auf ihre Liste. Der Freisinn versuchte es im Alleingang mit seinen zwei Bisherigen, Stöcklin und Aemmer.

Bei dieser Konstellation konnte es nicht überraschen, dass beim ersten Wahlgang nur Mangold das absolute Mehr zu erreichen vermochte; unter den Nichtgewählten standen die beiden Sozialdemokraten deutlich an erster Stelle, wobei Wullschleger die «bürgerlichen» Kandidaten um Tausende von Stimmen zu distanzieren vermochte. Für den zweiten Wahlgang portierten die Sozialdemokraten nur ihre eigenen Kandidaten, erhielten aber Unterstützung durch die Konservativen und die Katholiken. Gewählt wurden die fünf Bisherigen und der Konservative Miescher, erneut stand Wullschleger deutlich an der Spitze. Es hatte sich als richtig erwiesen, den Bogen nicht zu überspannen, wie dies in früheren Zeiten gelegentlich bei der Bestellung der Exekutive von den alten Parteien geschehen war. Die Zusammensetzung des Regierungsrats aus je zwei Freisinnigen, Konservativen und Sozialdemokraten und einem ausgesprochen fortschrittlich und sozialpolitisch gesinnten Parteilosen entsprach der damaligen Konstellation wohl am besten. Für Blocher, der eben noch in einem Flugblatt der Abstinenzgegner übel verleumdet worden war, ergab sich nach dieser Wahl endlich die Möglichkeit, das ihm und der Partei ungelegene Polizeidepartement an den neugewählten Miescher abzugeben. Der Departementswechsel erfolgte auf Druck des gewerkschaftlichen Flügels der Partei. Voraussetzung dazu war allerdings, dass Wullschleger das seinen persönlichen Interessen am nächsten liegende Departement des Innern an seinen Parteikollegen abtrat und das undankbare Ressort der Finanzen übernahm, das sein Vorgänger Speiser mit Auszeichnung verwaltet hatte. Einmal mehr stellte der mit 52 Jahren schon alternde ehemalige Parteiführer seine persönlichen Wünsche hinter die Parteipotwendigkeiten zurück und verstand es, sich in kurzer Zeit auch in den neuen Aufgabenbereich einzuarbeiten.<sup>34)</sup>

#### d) Bürgerrats- und Richterwahlen

Seit dem Tode des 1891 mehr durch Zufall gewählten Gustav Fautin war die Sozialdemokratie im Bürgerrat nicht mehr vertreten. Da nur ein knappes Viertel der in kantonalen Angelegenheiten wahlberechtigten potentiellen sozialdemokratischen Wähler bei Bürgerratswahlen ihre Stimme abgeben durften, hatte die SP ein geringes Interesse, ihre beschränkten finanziellen Mittel für die Wahlen in eine – nach ihrer Meinung – unbedeutende und obsoleete Behörde zu verwenden. So nahm sie zwar 1903 mit einer Elferliste an den Gesamterneuerungswahlen teil, um «ein paar rote Hechte in den bürgerlichen Karpfenteich zu setzen», betrieb die Agitation aber nur lau und ging dann – infolge des Majorzes – auch leer aus.<sup>35)</sup> Dagegen gelang es ihr im November 1904 bei einer Ersatzwahl im Horburgquartier, mit Regierungsrat Wullschleger ihren besten Mann in das «kleine Parlament» abzuordnen.<sup>36)</sup> Bei dieser Einmannvertretung blieb es auch in den Gesamterneuerungswahlen von 1906, wofür das Desinterressement der sozialdemokratischen Wähler ebenso ausschlaggebend war wie der Majorz und das Zusammenspannen der beiden historischen Parteien.<sup>37)</sup>

Nachdem die SP 1908 zur stärksten Partei des Kantons avanciert war, boten ihr die Freisinnigen und Konservativen im Sinne des freiwilligen Proporzes fünf vakante Mandate im Bürgerrat an. Sie akzeptierte deren drei und stellte die beiden restlichen den bisher nicht vertretenen Katholiken zur Verfügung. So hielten im November 1909 Jeggli, Joneli, Bürgin-Haas und J.J. Bürgin (für den verzichtenden Wullschleger) im Bürgerrat Einzug, in welchem die Konservativen immer noch die stärkste Fraktion stellten.<sup>38)</sup>

1912 wurde der Bürgerrat erstmals nach dem Proportionalssystem gewählt. Die SP vermochte dadurch ihre Mandatzahl auf sieben zu erhöhen, wobei – wie 1909 – fast lauter Grossräte gewählt wurden. Bei stärkerer Agitation wäre zweifellos ein günstigeres Ergebnis zu erreichen gewesen, doch fand die Wahl völlig im Schatten des internationalen sozialistischen Friedenskongresses statt.<sup>39)</sup>

Die Sozialdemokratie machte ihren Einfluss im Weitem Bürgerrat vor allem im Sinne einer grosszügigeren Behandlung der Bürgerrechtsbegehren geltend; sie hatte dabei am meisten für sich selbst zu gewinnen.

Wie die Bürgerratswahlen waren die Richterwahlen von der SP bis zur Jahrhundertwende als *Quantité négligeable* behandelt worden. Hauptgrund dafür war, dass die Partei über so gut wie keine Juristen verfügte. Das war um so ärgerlicher, als sie selbst unter grossen Opfern an Geld und Zeit die Volkswahl der Richter angestrebt hatte.

Seit 1900 standen der Sozialdemokratie mit Dr. Brunner, Dr. Knörr, Dr. Welti und Dr. Eugen Blocher erstklassige Juristen zur Verfügung. Die geschlossene Front der bürgerlichen Parteien vermochte jedoch immer wieder die Wahl eines sozialdemokratischen Richters zu verhindern. Jahrelang war die SP so nur durch Gottfried Krebs in den Gerichten vertreten.<sup>40)</sup>

Als Ende 1911 bekannt wurde, dass einmal mehr mit einer Ersatzwahl für die Stelle eines Zivilgerichtspräsidenten zu rechnen sei, versuchte es die SP mit dem vorzüglich ausgewiesenen, noch nicht dreissigjährigen Substituten des Zivilgerichtsschreibers, Dr. Eugen Blocher. Sei es wegen der wenig Angriffsflächen bietenden integren Persönlichkeit des kombattanten Abstinenten, sei es wegen des Vertrauenskapitals, das dem um zehn Jahre jüngern Bruder des Regierungsrates zuteil wurde, oder sei es, dass man in Kreisen der Konservativen endlich einsah, dass man die Sozialdemokratie als weitaus stärkste kantonale Partei nicht mehr länger vom Gericht fernhalten dürfe – jedenfalls war die Konservative Partei bereit, die Kandidatur Blocher zu unterstützen. Es war ein denkwürdiger Augenblick, als am Abend des 4. Februar 1912 bekannt wurde, dass Eugen Blocher als erster sozialdemokratischer Gerichtspräsident Basels gewählt worden sei. Eine Bresche war geschlagen; die vorzügliche Amtsführung Blochers, die ihn später zum Bundesrichter avancieren liess, war erst recht geeignet, die Behauptung zu widerlegen, ein Sozialdemokrat könne kein gerechter Richter sein.<sup>41)</sup>

Nach den Erneuerungswahlen des Jahres 1913, den letzten vor Ausbruch des Krieges, war die SP mit sechs Mann in den Basler Gerichten vertreten: Dr. Eugen Blocher als Zivilgerichtspräsident, Gottfried Krebs als Appellationsrichter, Arnold Jeggli als Strafrichter, Wilhelm Kreuter, Dr. Walter Strub und Adolf Gass als Zivilrichter.<sup>42)</sup> Der jahrelange Kampf hatte sich bezahlt gemacht. Noch aber stand ein weiter Weg zur angemessenen Vertretung der grössten Basler Partei in den Gerichten bevor. Voraussetzung dazu war, dass sie mehr Juristen in ihren Reihen zählte. Die Parteiführung hoffte auf die nächste Generation. Fraglich war nur, ob die kommenden sozialdemokratischen Juristen aus Überzeugung oder aus Karrieregründen zur Partei stossen würden.

#### *e) National- und Ständeratswahlen*

Seit 1896 vertrat Eugen Wullschleger die Basler Sozialdemokratie in der eidgenössischen Volkskammer, in die der Freisinn als Mehrheitspartei seit 1897 nur noch einen Vertreter abordnete, während die Konservativen infolge der für sie günstigen Wahlkonstellation zwei Vertrauensleute nach Bern schickten.

Nach der Wahl in den Regierungsrat trat Wullschleger von seinem eidgenössischen Mandat zurück. Im Hinblick auf die im Herbst stattfindenden Gesamterneuerungswahlen verzichtete die SP, um ihren Wahlfonds zu schonen, auf eine Beteiligung an der auf den August 1902 angesetzten Ersatzwahl. Aus dieser ging der Konservative Paul Speiser als Sieger hervor, so dass seine Partei in Bern nun dreifach vertreten war.<sup>43)</sup>

Für die Wahlen vom Oktober 1902 waren infolge der starken Bevölkerungsvermehrung erstmals sechs Sitze zu vergeben. Es bewarben sich darum nicht weniger als zehn Kandidaten. Die SP legte eine Zweierliste mit Dr. Alfred Brüstlein und Wilhelm Arnold vor.

Der damals neununddreissigjährige Brüstlein, aus grossbürgerlicher Familie stammend, hatte in Basel die Schulen durchlaufen, an der Universität unter andern Nietzsche, Jakob Burckhardt und Andreas Heusler gehört und nach weiteren Studien in Paris und Leipzig das juristische Doktorexamen bestanden und das Anwaltspatent erworben. Mitglied der «Zofingia» und Hauptmann der Artillerie, war er 1883 Redaktor der «Schweizer Grenzpost» geworden, wo er 1885 mit der Heranziehung Karl Moors erstmals sein Interesse für die Arbeiterbewegung bekundete. 1891 siedelte er nach Bern über und trat in den Bundesdienst ein, vorerst als Übersetzer im Ständerat, dann als Direktor des Amtes für Schuldbetreibung und Konkurs. 1896 machte er sich selbständig und eröffnete in der Bundesstadt ein Anwaltsbüro, das bald grosses Ansehen genoss. Zur Sozialdemokratie übertretend, wurde er 1899 in den bernischen Grossen Rat gewählt. Schon um die Jahrhundertwende galt der hervorragende Jurist und sprachgewandte Debattierer als eine der grössten Hoffnungen der an Intellektuellen nicht gerade gesegneten schweizerischen Sozialdemokratie.<sup>44)</sup> Obschon er seinen Wohnsitz in Bern hatte, wurde er in der entscheidenden Basler Parteiversammlung fast einstimmig als Nationalratskandidat portiert. Am 23. Oktober stellte er sich in der Burgvogtei seinen potentiellen Wählern mit einer anderthalbstündigen glänzenden Rede nach amerikanischem Plattformsystem vor.

Im ersten Wahlgang erreichte keiner der zehn Kandidaten das absolute Mehr. Die beiden sozialdemokratischen Kandidaten blieben deutlich hinter denjenigen der historischen Parteien zurück, wobei Brüstlein den Einheimischen Arnold klar austach, da er zusätzlich mit den Stimmen der zahlreichen eidgenössischen Angestellten rechnen durfte. Im zweiten Wahlgang wurde der Berner-Basler neben drei Freisinnigen und zwei Konservativen gewählt, während der als Redaktor stark exponierte Arnold deutlich unterlag. Der Basler Freisinn hatte die ihm gebührende Stellung in Bern zurückerobert, die SPS zog erstmals mit sieben Vertretern (gegen vier im Jahre 1899) in die Volkskammer ein.<sup>45)</sup>

Hatte der Anspruch der Basler Sozialdemokratie auf eine Doppelvertretung in Bern bisher keine Grundlage in ihrer Position im kantonalen Parlament gehabt, so lagen die Dinge nach den erfolgreichen Grossratswahlen im April 1905 wesentlich anders. Von Anfang an wurde deshalb für die im Herbst fälligen Nationalratswahlen eine Zweierliste in Aussicht genommen. Brüstlein, der sich im Nationalrat bereits einen Namen geschaffen hatte – vor allem als Mitglied der Kommission für das ZGB und durch sein Eintreten für die eidgenössischen Beamten –, war unbestritten. Der Versuch, Wullschleger erneut zu portieren, scheiterte an dessen kategorischem Nein: In einer Zeit des heftigsten Klassenkampfes hielt er als Vorsteher des davon am stärksten betroffenen Departements jede Abwesenheit von Basel für unverantwortbar. Sämtliche vorgeschlagenen Kandidaten – Düby, Rimathé, Dr. Hermann Blocher, Frei und Jaeggi – lehnten ab. Schliesslich stellte sich «Vorwärts»-Redaktor Frei doch zur Verfügung.

Keine Nationalratswahl der Vorkriegszeit stand so sehr im Zeichen des Klassen-

kampfs von links und rechts wie jene von 1905. In einer Wahlversammlung vom 19. Oktober in der Burgvogtei stellte Brüstlein fest, man stehe auf einem Vulkan, und Frei begann sein Referat mit der ironischen Anrede «Hochgeehrte Wucherer», wobei er die berüchtigte Bemerkung Speisers im Nationalrat aufnahm, der Streik sei eine Art Wucher. Wullschleger rechnete in einer ungewöhnlich scharfen Wahlrede mit der bürgerlichen Klassenkampf- und Ausschliesslichkeitspolitik ab. Die eben noch drohende Spaltung der Basler Arbeiterbewegung war durch die Verschärfung des Klassenkampfs zur Enttäuschung des Rechtsbürgertums fürs nächste abgewendet.

Im ersten Wahlgang wurde nur der dem Gewerbe nahe stehende, von den Konservativen unterstützte Freisinnige Müry gewählt, den sogar das «Basler Volksblatt» als Scharfmacher bezeichnete. In der SP wies man mit Genugtuung darauf hin, dass Frei, die Hauptzielscheibe der Angriffe von rechts, 31% der Stimmen auf sich vereinigt habe, eine Zahl, die mit der augenblicklichen Stärke der Partei annähernd gleichgesetzt werden könne. Im zweiten Wahlgang wurden Speiser, Iselin, David und Brüstlein wieder – und anstelle Zollers Göttisheim neu gewählt: Die Mandatszahl der Basler Parteien in der Volkskammer blieb also unverändert, obschon die Sozialdemokratie indessen zur zweitstärksten Partei avanciert war. Die SP würdigte den Ausgang als moralischen Sieg und rechnete sich aus, sie sei erstmals zur stärksten Partei Basels geworden, da Frei – als Gradmesser der Parteistimmen – 40% der Wählerstimmen auf sich vereinigt habe, während die freisinnig-konservative «Würgeallianz» zusammen nur 60% der Stimmen erhalten habe. Zuversichtlich stimmte auch, dass Brüstlein in acht von 18 Wahllokalen an der Spitze stand.<sup>46)</sup>

Die Behauptung des «Vorwärts», die SP habe den Freisinn überflügelt, bestätigte sich nicht nur bei den Grossratswahlen des Jahres 1908, sondern auch bei den Nationalratswahlen desselben Jahres. Nachdem sich ein freisinnig-konservatives Wahlbündnis zerschlagen hatte, zogen sämtliche Parteien allein in den Wahlkampf, die SP erneut mit Brüstlein und Frei.

Der erste Wahlgang verlief ergebnislos, da kein Kandidat das absolute Mehr erreichte. Brüstlein stand mit deutlichem Vorsprung an der Spitze der Kandidaten, Frei vermochte mit Ausnahme Speisers die weiteren Mitbewerber hinter sich zu lassen. Für den zweiten Wahlgang wurde Brüstlein aus taktischen Gründen und wegen seiner Haltung zur Frage des Militäraufgebots bei Streiks auf die vereinigte bürgerliche Liste gesetzt, Frei sollte mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Rechnung der bürgerlichen Allianz ging auf: Gewählt wurden die Bisherigen und anstelle Davids dessen freisinniger Parteigenosse Rothenburger; Brüstlein stand mit grossem Abstand an der Spitze. Frei aber war relativ knapp unterlegen. Der Kantonsstatistiker schätzte die Zahl der sozialdemokratischen Wähler auf mindestens 4500, jene der vereinigten bürgerlichen Parteien auf rund 6200. Wullschleger kommentierte im Grütliheim am Abend: «Die bürgerliche Koalition hat die Mandate erobert, aber die Schlacht verloren.» Und der geschlagene Frei rief im «Vorwärts» den Bürgerlichen zu: «Ihr habt die Zukunft verloren!»<sup>47)</sup>



Bei den im Oktober 1911 stattfindenden letzten Nationalratswahlen der Vorkriegszeit hatte Basel, nach Ausweis der Volkszählung von 1910, erstmals sieben Vertreter in die eidgenössische Volkskammer zu delegieren. Gemäss ihrer damaligen Parteistärke hätte die SP drei Mandate beanspruchen können, doch verzichtete sie darauf. Im Sinne des freiwilligen Proporz wäre sie bereit gewesen, den neuen Sitz den Katholiken zu überlassen; ob sie entsprechende Verhandlungen geführt hat, lässt sich nicht mehr entscheiden.

Das Parteikomitee legte der zuständigen Parteiversammlung vom 25. September erneut die Kandidaturen Brüstlein und Frei vor. Sogleich erhob sich aber Widerspruch gegen die Wiederwahl des Mannes, der die Partei seit dem Rücktritt Wullschlegers in Bern vertreten hatte und so vorzügliche Parlamentarier wie Curti, Decurtins, Scherrer und Greulich zu seinen persönlichen Freunden zählte. Den äusseren Anlass dazu bot eine unerfreuliche Angelegenheit, die ihn als Anwalt, nicht als Politiker betraf; in Wirklichkeit ging es den vor allem aus Arbeiterbundskreisen stammenden Gegnern aber um seine Bejahung der eidgenössischen Militärorganisation von 1907. Er hatte sich in dieser Sache schon im Frühjahr 1907 vor einer Basler Parteiversammlung verantworten müssen und war dabei vor allem von Wullschleger unterstützt worden. Eine zweite Versammlung hatte schliesslich nach turbulentem Verlauf beschlossen, auf disziplinarische Massnahmen zu verzichten.<sup>48)</sup> Jetzt setzten es seine Gegner mit knappem Mehr bei zahlreichen Enthaltungen durch, dass seine Kandidatur abgelehnt wurde. Ein Brief der schweizerischen Parteileitung, der auf die hervorragenden Dienste hinwies, die Brüstlein der Fraktion erwiesen habe, und den Basler Genossen die tragische Situation vor Augen führte, in der sich der Betroffene befand, blieb ohne Wirkung.<sup>49)</sup> Die politische Karriere Brüstleins war beendet. An seiner Stelle wurde einstimmig der Genossenschaftspolitiker Jaeggi zusammen mit dem nun schon zum drittenmal einen Wahlkampf wagenden Johann Frei portiert.

Auch diesmal traten die Parteien allein in den Kampf, nur die Konservativen und die FBP hatten Absprachen getroffen. Die «Basler Nachrichten» bestätigten, dass die Stimmenzahl Freis, der auf keinerlei Unterstützung rechnen dürfe, den Massstab für die Stärke der Sozialdemokratie abgeben werde.

Im ersten Wahlgang erreichte erneut kein Kandidat das absolute Mehr, die beiden sozialdemokratischen Kandidaten standen aber deutlich an der Spitze. Jaeggi erreichte über 5600, Frei über 5000 Stimmen – 1000 mehr als bei den Wahlen des Jahres 1908. Für den zweiten Wahlgang erstrebten Freisinnige eine gemeinsame freisinnig-konservativ-sozialdemokratische Verständigung, doch kam sie nicht zustande. Die meisten Kandidaten erhielten von einer der drei kleineren Parteien Unterstützung, die Sozialdemokraten von den Katholiken und Demokraten. Gewählt wurden die beiden Vertreter der SP, die ihre Mitbewerber deutlich hinter sich liessen, die drei Freisinnigen und zwei Konservative. In zehn Wahllokalen standen die Sozialdemokraten an der Spitze, in Kleinbasel zum Teil mit erdrückenden Mehrheiten. Wie die Dinge lagen, wäre wohl auch ein dritter sozialdemokratischer Kandidat gewählt wor-

den; der Tag, an dem die Sozialdemokratie über die Mehrheit der Wähler verfügen würde, schien nicht mehr fern.<sup>50)</sup>

Unter dem Eindruck dieses überwältigenden Erfolges zögerte die SP nicht, ihren Anspruch auf ein drittes Mandat anzumelden, als der eben wiedergewählte freisinnige Nationalrat Müry sein Mandat niederlegte, aus der Freisinnigen Partei austrat und zur Bürgerpartei übertrat. Wullschleger, erneut angefragt, widersetzte sich diesmal einer Kandidatur nicht, war er doch nun in seinem Departement völlig eingearbeitet; zudem war die politische Lage doch weniger zugespitzt als im Kampfbjahr 1905. Dieser Entschluss wurde in der gesamten sozialdemokratischen Presse des Landes mit Genugtuung vermerkt. Dem immer noch angesehensten Vertreter der Basler Sozialdemokratie wagte der Freisinn keinen Gegenkandidaten entgegenzustellen, so dass es Wullschleger 1912 nur noch mit dem Katholiken Dr. Joos zu tun bekam. Am Ausgang der Wahl konnte kein Zweifel bestehen, Wullschleger erreichte die doppelte Stimmenzahl seines Gegners.<sup>51)</sup>

Bei Kriegsausbruch war die Sozialdemokratie ihrer Stärke gemäss mit drei Mann im Nationalrat vertreten; dabei sollte es bis 1917 bleiben.

Seit 1896 war der Stand Basel-Stadt in der kleinen Kammer in Bern durch den Freisinnigen Dr. Paul Scherrer vertreten. Als dieser 1902 von seiner Partei wieder portiert wurde, erklärte die SP – wie 1899 – Stimmfreigabe. Scherrer wurde bestätigt.<sup>52)</sup>

Bei der Erneuerungswahl des Jahres 1905 glaubte die Sozialdemokratie, während des Höhepunkts des Klassenkampfes nicht mehr Gewehr bei Fuss bleiben zu dürfen, und stellte dem als Exponenten des Klassenkampfes von rechts empfundenen bisherigen Mandatsträger in der Person des Gewerbeinspektors Dr. Hermann Blocher einen Gegenkandidaten entgegen, allerdings ohne sich Illusionen über seine Aussichten hinzugeben. Scherrer wurde wiedergewählt, Blocher errang einen Achtungserfolg.<sup>53)</sup>

1908 verzichtete die SP wieder auf eine eigene Kandidatur, unterstützte aber den Demokraten Dr. Oskar Schär. Dieser unterlag dem erneut portierten Scherrer mit ähnlicher Stimmenzahl wie drei Jahre zuvor Blocher.<sup>54)</sup>

Bei den letzten Ständeratswahlen vor dem Krieg, 1911, hielt sich die SP von den Wahlen fern, und Scherrer wurde unbestritten wiedergewählt.<sup>55)</sup>

Trotz ihrer Stellung als stärkste Partei hat die Basler Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit sich nie ernsthaft um das einzige Ständeratsmandat des Kantons beworben, einmal aus traditioneller Abneigung gegen die ihrer zentralistischen Grundkonzeption widersprechende Ständekammer, zum andern, um ihren Kampf gegen die freisinnige Sesselpolitik nicht unglaublich zu machen. Erst 1925 zog der erste Basler Sozialdemokrat in die kleine Kammer in Bern ein: kein anderer als der Gründer und jahrelange Führer der Partei, Eugen Wullschleger.

## B) Abstimmungen

### a) Eidgenössische Politik

Auch für die Zeit nach der Jahrhundertwende gilt, was schon für frühere Perioden festzustellen war: Für die Basler Sozialdemokratie stand die eidgenössische gegenüber der kantonalen Politik deutlich im zweiten Glied. Weitaus am stärksten beschäftigte sie die Bewegung für den Nationalratsproporz.

Die ersten Vorschläge der Minderheitsgruppen im vom Freisinn beherrschten Nationalrat wurden bereits bei den Revisionsverhandlungen der siebziger Jahre vorgebracht und dann mehrmals erneuert, drangen aber nicht durch. Ein Neuanlauf im Jahre 1892 versandete, weil sich die verschiedenen Gruppen der Proporzallianz nicht auf einen Initiativtext einigen konnten. Erst durch eine Motion Eugen Wullschlegers im Nationalrat vom 22. April 1898 kam die Bewegung wieder in Fluss. Nachdem der Proporz in der grossen Kammer ein weiteres Mal eine Niederlage erlitten hatte, wurde nun doch endlich der Weg der Volksinitiative beschritten. Am 25. September beschloss ein sozialdemokratisches Aktionskomitee, Unterschriften für zwei verschiedene Begehren zu sammeln. Das eine bezweckte die Einführung des Nationalratsproporzes, das andere die Wahl des Bundesrats durch das Volk. Als Sitz des Aktionskomitees wurde Basel bestimmt, wo sich eine Parteiversammlung schon am 21. September für die sogenannte Doppelinitiative ausgesprochen hatte.<sup>1)</sup> Die Initiative wurde, jedes Begehren mit rund 64 000 Unterschriften versehen, im Juli 1899 eingereicht. Sowohl die schweizerische wie die Basler Partei entfalteten seit dem Frühherbst eine äusserst intensive Agitation. So fanden in Basel über das Wochenende vom 13./14. Oktober 1900 nicht weniger als vier öffentliche Versammlungen mit den besten Männern der schweizerischen und der lokalen Partei statt, was nicht zuletzt darin begründet war, dass man zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen hoffte, war doch die eidgenössische mit der kantonalen Abstimmung über den Grossratsproporz gekoppelt. Die andern Minderheitsparteien beteiligten sich aber nur schwach an dieser Aktion, da sie mit dem Postulat der Volkswahl des Bundesrats nicht einig gingen. Die Proporzgegner siegten am 4. November 1900 bei einer für eine so wichtige Abstimmung mässigen Beteiligung von knapp 59% (Basel 53%). In der Eidgenossenschaft wurde der Nationalratsproporz mit 59% zu 41%, in Basel mit rund 55% zu 45% der Stimmen verworfen; von 22 Ständen hatten 10½ zugestimmt. Die Volkswahl des Bundesrats wurde auf eidgenössischem wie auf kantonalem Boden ungefähr mit Zweidrittelsmehr verworfen. Der «Vorwärts» kommentierte die Niederlage mit der Bemerkung, die Furcht vor der Sozialdemokratie habe die reaktionären Elemente aufgerüttelt und zusammengeführt. In Wirklichkeit hatte sich die Verkoppelung der beiden Initiativen als ein politischer Fehler erwiesen, der dem Proporzgedanken Einbusse tat.<sup>2)</sup>

Die Proporzidee war aber trotz dieser Niederlage nicht aus der Welt zu schaffen, weil die politischen Verhältnisse, vor allem die Erstarkung der Sozialdemokratie, ihre

Verwirklichung gebieterisch erforderten. Bei einer vornehmlich von Sozialdemokraten und Konservativen beider konfessionellen Lager besuchten Zusammenkunft in Zürich am 21. November 1908 wurde mit grosser Mehrheit beschlossen, zum zweiten Mal eine entsprechende Initiative zu ergreifen, obschon Wullschleger prophezeite, das Schweizervolk werde erst in sechs bis zwölf Jahren dafür reif sein, dann nämlich, wenn der weiterhin im Rückgang begriffene Freisinn ein Interesse daran haben werde. Eine Basler Parteiversammlung, die kurz nach dem Zürcher Treffen stattfand, beschloss, die Initiative zu unterstützen. Wullschleger unterzog sich diszipliniert dem Parteibeschluss.<sup>3)</sup> Diesmal gelang es, über 140 000 Unterschriften zu sammeln, da nun auch die andern Minderheitsparteien nachdrücklich für das Begehren eintraten. Wieder setzten die SPS und die Basler Partei alle Hebel in Bewegung, um die Wähler für ihr Anliegen zu gewinnen. Es erwies sich jedoch, dass Wullschleger mit seiner Skepsis recht behalten sollte: Bei einer Stimmbeteiligung von 62% wurde der Nationalratsproporz im Oktober 1910 mit 52,5% gegen 47,5% der Stimmen verworfen, obschon diesmal 12 Stände annahmen. Basel, wo die Vorlage auf die Unterstützung der Sozialdemokraten, der Konservativen, der Demokraten und der Katholiken rechnen konnte, hatte im Verhältnis von 57% zu 43% angenommen, nachdem es den Proporz schon fünf Jahre vorher für das kantonale Parlament eingeführt hatte.<sup>4)</sup>

Eine neue von der Sozialdemokratie ins Leben gerufene Aktion in der unmittelbaren Vorkriegszeit, die unerwartet günstige Anfangserfolge zeitigte, fand durch den Kriegsausbruch ein abruptes Ende.<sup>5)</sup> Erst kurz vor dem Waffenstillstand, im Oktober 1918, wurde das langjährige Postulat der Sozialdemokratie verwirklicht, was dieser erlaubte, erstmals entsprechend ihrer Stärke in die eidgenössische Volkskammer einzuziehen.

Neben dem Nationalratsproporz vermochten nur noch zwei eidgenössische Angelegenheiten in der Basler Sozialdemokratie hohe Wellen zu schlagen: das sogenannte Maulkrattengesetz und die Vorlage über eine neue Militärorganisation.

Das Ergänzungsgesetz zum BG über Bundesstrafrecht vom 4. Februar 1853 sah die Bestrafung von Personen vor, welche im Militär zu einer Dienstverletzung anstiften oder hiezu den Versuch machen sollten. Es stellte – nach Auffassung weiter Kreise des Volkes – eine Art Racheakt der Bundesanwaltschaft sowie des Eidgenössischen Militär- und Justizdepartements gegen einige Zeitungsartikel dar, die an gewissen militärischen Auswüchsen Kritik übten. Tatsächlich bestand zu jener Zeit ein schweres Missbehagen gegen alles Militärische, das bis weit ins bürgerliche, ja ins freisinnige Lager hineinreichte. Nahrung erhielt es durch an sich wenig bedeutsame Vorkommnisse in der Militärverwaltung, mehr aber noch durch die Nachahmung preussisch-deutschen Militärbetriebs, den vor allem die Westschweizer ablehnten. Dazu kam wohl, dass die sich von Jahr zu Jahr deutlicher abzeichnende Militarisierung der europäischen Grossmächte im Schweizer Volk eine Art Trotzreaktion auslöste. Sowohl die SPS wie die Basler Partei unterstützten das Referendum gegen das von der Bun-

desversammlung beschlossene Gesetz. Sie warfen den Initianten vor, sie wollten sich damit ein Alibi schaffen, um gegen die nicht hoffähige Presse vorgehen zu können. Im Sinne des «pricipiis obsta» gelte es, den Anfängen polizeistaatlicher Willkür zu wehren. Im Oktober 1903 wurde das «Maulkrattengesetz» in der Eidgenossenschaft äusserst wuchtig, in Basel, wo nur die SP und die Katholiken die Verwerfungspareole herausgegeben hatten, ganz knapp verworfen. Der «Vorwärts» triumphierte: Das Schweizer Volk sei den Auswüchsen des Militarismus scharf entgegengetreten, sogar die Bauern hätten dem Gesslerhut ihre Reverenz versagt.<sup>6)</sup>

Schon einige Wochen vor der Abstimmung hatte sich die SPS an ihrem Oltener Parteitag mit den Fragen der Landesverteidigung befasst. Einer Minderheit von Antimilitaristen stellten die bedeutendsten Parteiführer ihr grundsätzliches Bekenntnis zur Notwendigkeit einer Armee entgegen. Ein allgemeines Missvergnügen herrschte über die Verwendung von Truppen bei Streiks und über das Anwachsen der Militärausgaben. Eine Initiative, welche vorsah, der obligatorischen Volksabstimmung jedes militärische Budget zu unterstellen, das die Summe von 20 Millionen Franken jährlich überschritt, fand in der eigenen Partei wenig Zustimmung, ein 1904 vom Parteikomitee ausgearbeiteter verwässerter neuer Initiativtext fand nicht beseren Anklang. Eine Basler Parteiversammlung vom 28. März lehnte ihn als im Augenblick inopportun ab, der kurz darauf stattfindende ausserordentliche Parteitag in Luzern liess ihn fallen.<sup>7)</sup>

Indessen war die Neuorganisation des Heeres, angeregt durch eine Motion vom Jahre 1897, trotz der schweren Niederlage von 1895 von neuem in Angriff genommen worden. Im Juli 1904 veröffentlichte das Militärdepartement einen Vorentwurf samt ausführlicher Begründung. Eine Basler Parteiversammlung nahm im Hinblick auf den bevorstehenden Zürcher Parteitag dazu Stellung. Wullschleger warnte davor, das Problem der Militäraufgebote bei Streiks in den Vordergrund der parteiinternen Diskussion zu stellen; wichtiger sei es, die soziale Besserstellung der Wehrmänner anzustreben. Nach heftiger Diskussion, in der auch vereinzelt antimilitaristische Stimmen laut wurden, beschloss man, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Im März 1905 liess die Geschäftsleitung der SPS dem Eidgenössischen Militärdepartement ein Exposé zukommen, das die Stellung der Partei, wie sie vor allem am Zürcher Parteitag vom 20. November 1904 erarbeitet worden war, umschrieb. Kernpunkt war – trotz Wullschlegers Mahnung – der Satz: «Die Militärdienstpflicht kann sich nur erstrecken auf Dienst zur Ausbildung und auf den Dienst zur Verteidigung gegen ausen. Sie darf sich nicht erstrecken auf Dienst zur Niederwerfung von Streiks.» Daneben ging die Eingabe kritisch auf Einzelheiten der Truppen- und Unterrichtsordnung ein und forderte bessere Bundesunterstützung für bedürftige Wehrmänner. Sie stellte einen Sieg der gemässigten Richtung in der Partei dar, so sehr man in bürgerlichen Kreisen an der Hauptforderung Anstoss nahm. Anfang Oktober 1905 gründeten einige radikale Sozialdemokraten, worunter der spätere Basler Arbeitersekretär Grimm, in Luzern die «Antimilitaristische Liga». Obschon sich die Parteileitung und

der Parteitag von ihnen distanzieren, wurde die SPS von weiten Kreisen des Rechtsbürgertums mit dem Makel des Antipatriotismus belegt.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen dem Vorsteher des Militärdepartements und der obersten Heeresführung war ein Entwurf über die neue Militärorganisation zustande gekommen. Er wurde 1906 der Bundesversammlung vorgelegt. In ihr war die sozialdemokratische Vertretung, die sogenannte Kapelle Greulich, bei den Nationalratswahlen von 1905 im Zusammenhang mit dem verschärften Klassenkampf durch bürgerliche Ausschliesslichkeitspolitik von sieben auf zwei (Scherrer aus St. Gallen und Brüstlein aus Basel) reduziert worden; beide mussten als Exponenten der Parteirechten gelten. So wurde dem Entwurf keine grundsätzliche Opposition gemacht. Brüstlein versuchte, dem die Truppeneingebote bei Streiks betreffenden Artikel 186 einschränkende Geltung zu verschaffen, drang aber damit nicht durch; gemäss einem Oltener Parteitagsbeschluss vom Februar 1906 hätte er ein unbedingtes Verbot des Truppeneinsatzes bei Streiks fordern müssen. Der St. Galler Parteitag der SPS vom März 1907 begnügte sich mit einem leichten Tadel an die übrig gebliebenen zwei Parlamentarier wegen ihrer vom Parteistandpunkt abweichenden Haltung. Im April 1907 wurde der nur unwesentlich abgeänderte Entwurf von der Bundesversammlung mit erdrückendem Mehr angenommen. Brüstlein stimmte zu, Scherrer enthielt sich der Stimme.

Schon drei Wochen vor der Schlussabstimmung hatte der St. Galler Parteitag der SPS beschlossen, das Referendum zu ergreifen. Es kam mit hoher Unterschriftenzahl zustande. In der Abstimmungskampagne stand die Sozialdemokratie als Gegner des Gesetzes isoliert da, zudem litt sie unter Referentenmangel, da die auf dem rechten Flügel der Partei stehenden Führer sich nicht einspannen lassen wollten. Im Vergleich zu den Befürwortern eröffnete die Basler Sozialdemokratie den Kampf erst spät und mit relativ geringem Aufwand, zuerst durch Artikel im Parteiblatt – wobei sie Aussenstehende wie Pfarrer Ragaz und Psychiater August Forel zum Wort kommen liess –, dann durch ein Referat von Arbeitersekretär Grimm. In der einzigen grösseren Veranstaltung, einer Volksversammlung in der Burgvogtei, brachte der Winterthurer Stadtrat Walter noch einmal alle Gegenargumente vor, welche bisher in Parteikreisen geäussert worden waren. In den letzten Tagen vor der Abstimmung nahm der Kampf rabiate Formen an: Sozialdemokratische Abstimmungsplakate wurden heruntergerissen oder entstellt, während die Sozialdemokraten bürgerliche Agitationsversammlungen stürmten und majorisierten, da man sie bei früheren Kundgebungen nicht hatte zum Wort kommen lassen.

Am 3. November 1907 hiess das Schweizervolk die neue Militärorganisation bei einer Stimmbeteiligung von 74% mit 55% bejahenden Stimmen und 12½ Ständestimmen gut. In Basel nahmen über 81% der Stimmberechtigten an der Volksbefragung teil, 69% davon sprachen sich für das neue Gesetz aus. Der «Vorwärts» triumphierte über das Resultat wie über einen Sieg, nicht zuletzt weil die als Musterpatrioten geltenden Innerschweizer abgelehnt hatten. Die Agitationslogos aufnehmend, mit

denen die Sozialdemokraten von den Befürwortern des Gesetzes bedacht worden waren, stellte der Kommentator des Abstimmungsergebnisses fest: «Die Schweiz zählt also über eine Viertelmillion Antimilitaristen und Vaterlandslose.» Wie in Deutschland sollte in den nächsten Jahren das von Ragaz, einem Befürworter der Vorlage, angeprangerte Wort von den vaterlandslosen Gesellen der Sozialdemokratie sehr gelegen kommen. Sie wurde damit in eine Art Gettostellung manövriert. Umso bedeutungsvoller musste der politisch organisierten Arbeiterschaft die Partei als neue Heimat sein. Dass der Vorwurf des Antimilitarismus demagogisch und unberechtigt war, bewies die sozialdemokratische Arbeiterschaft 1914. Über die damals häufigen Auswüchse eines am preussischen Muster geschulten Militarismus dürfte die Gegenwart gerechter urteilen als die Mehrzahl der bürgerlichen Parteien und Zeitungen der Zeit nach der Jahrhundertwende.<sup>8)</sup>

Im Kampf gegen das Zolltarifgesetz, das 1903 in Basel verworfen, in der Eidgenossenschaft aber angenommen wurde, liess sich die Basler Sozialdemokratie als Konsumentenpartei vor den Wagen der Genossenschaftsbewegung spannen, wie an anderer Stelle zu zeigen war.

1890 hatten Volk und Stände einen Verfassungsartikel angenommen, der grundsätzlich die Einrichtung einer Kranken- und Unfallversicherung durch den Bund vorsah. Nach mühsamen, jahrelangen Verhandlungen, in welchen ein Kompromissprojekt Nationalrat Forrers von den Bauern und Kleingewerblern als zu arbeiterfreundlich, von der Sozialdemokratie und vom Schweizerischen Arbeiterbund als zu wenig staatssozialistisch angegriffen wurde, kam die «Lex Forrer» am 20. Mai 1900 vors Volk.

In der organisierten Arbeiterschaft war man über den Gesetzesentwurf nicht recht glücklich, da er ihren Begehren nur teilweise entgegenkam. Trotzdem entschloss sich eine Basler Vertrauensmännerversammlung im Januar 1900 einstimmig zur Unterstützung der Vorlage. Je stärker von Bauern- und Kleingewerbekreisen gegen das Gesetz und gleichzeitig gegen die Sozialdemokratie Stimmung gemacht wurde, desto mehr solidarisierte sich die SP gegen aussen damit; die Kritik wurde parteiinternen Diskussionen vorbehalten. In der Parteileitung scheint man mit der Verwerfung gerechnet zu haben, war dann aber vom wichtigen Nein (in der Schweiz stimmten nur 30%, in Basel immerhin 40% für die Vorlage) doch überrascht. Wullschleger sah im Ergebnis eine Folge des ausbrechenden Klassenkampfes von rechts, der die Sozialdemokratie zwingen werde, ebenfalls eine schärfere Tonart anzuschlagen. Dass das Bläsiquartier deutlich verworfen hatte, war allerdings Beweis dafür, dass sich die Gegner des Gesetzes nicht nur aus dem Bürgertum rekrutiert hatten.<sup>9)</sup>

Die Verwerfung von 1900 hiess nicht Absage für immer. Die Sozialversicherung war ein Gebot der Zeit, umstritten war nur die Form. 1904 wurde beschlossen, einen neuen Gesetzesentwurf auszuarbeiten. Der Finanzierung wurde mehr Aufmerksamkeit geschenkt als beim ersten, dem Vorwurf eines zu weitgehenden Etatismus wich man geschickt aus. Strikte schied man zwischen Unfall- und Krankenversicherung.

Jene wurde für Arbeiter, Post- und Eisenbahnangestellte obligatorisch erklärt, bei dieser beschränkte sich der Bund auf die Subventionierung bestehender Kassen, was deren früherer Gegnerschaft den Wind aus den Segeln nahm.

In Basel sprachen sich alle Parteien ausser den Konservativen für das Gesetz aus; diese gaben die Stimme frei. Unter den lokalen Zeitungen bekämpften die «Basler Nachrichten» die Vorlage, doch nahmen ausser dem «Vorwärts» alle auch Inserate der Gegner auf, die – wie die zahlreich zirkulierenden Flugschriften – oft stark demagogische Züge trugen. Am 4. Februar 1912 wurde das Gesetz auf eidgenössischem Boden knapp, in Basel mit grossem Mehr angenommen. In den Wahllokalen des Horburgquartiers standen 1700 Ja knapp 300 Nein gegenüber; ein Beweis dafür, dass diesmal die Arbeiter hinter der Parteiparole standen. Der staatlichen Sozialversicherung war damit auch in der Schweiz eine Bresche geschlagen.<sup>10)</sup>

Sämtliche übrigen eidgenössischen Abstimmungen beegneten in der Basler Sozialdemokratie nur geringem Interesse.

Im Oktober 1903 kamen zusammen mit dem sogenannten Maulkrattengesetz zwei weitere Vorlagen zur Abstimmung. Der Vorschlag, die Nationalratswahlen nicht mehr aufgrund der gesamten, sondern nur der Schweizerbevölkerung durchzuführen, musste in den grossen, sehr stark von Ausländern durchsetzten Städten Zürich, Basel und Genf von Anfang an auf scharfen Widerspruch stossen, hätte er sie doch eines beträchtlichen Teils ihrer Nationalratsmandate beraubt. Die Sozialdemokratie wäre davon besonders betroffen worden. Das Gesetz wurde eidgenössisch mit Dreiviertels-, in Basel mit Neunzehntelmehrheit verworfen. Die Revision des sogenannten Zweiliterartikels bezeichnete die Sozialdemokratie als Beutezug auf die Taschen der untern Volksschichten, den angeblich alkoholgegnersischen Einschlag als blossen Vorwand. Auch dieses Gesetz wurde deutlich verworfen.<sup>11)</sup>

Bei der Abstimmung über das Lebensmittelgesetz vom Juni 1906 trug die SP zu der wuchtigen Verwerfung der Vorlage in Basel bei, doch setzte sich diese auf eidgenössischem Boden durch.<sup>12)</sup>

In Übereinstimmung befand sich die SP mit dem Schweizer und Basler Volk bei sämtlichen eidgenössischen Abstimmungen des Jahres 1908: Sowohl der zweite Entwurf des Gewerbegesetzes wie das Absinthverbot und der Wasserrechtsartikel wurden deutlich angenommen.<sup>13)</sup> Dasselbe gilt für das Gesetz über die Epidemienbekämpfung vom Jahr 1913.<sup>14)</sup>

Im grossen ganzen hielt sich die Basler Sozialdemokratie an die Leitlinie, die ihr Führer Wullschleger 1901 in einem Aufsatz über «Die nächsten Ziele der schweizerischen Arbeiterpolitik» aufstellte. Er vertrat darin die Überzeugung, die Sozialdemokratie dürfe nicht alles von der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung erwarten – wobei er sowohl den Bund wie die Kantone und Gemeinden meinte – sondern müsse auch der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Tätigkeit ihre Aufmerksamkeit schenken. Bezüglich des Problems Zentralismus – Föderalismus müsse sich die Arbeiterschaft vor jeder Schablone hüten. Ein bürokratischer Zentralismus



sei in den Auswirkungen ebenso bedenklich wie ein verknöchertes Föderalismus. Zentralisation in den grossen Fragen der Gesetzgebung, Dezentralisation in der Verwaltung, lokale Selbstverwaltung des Volkes – so werde die Parole lauten müssen. Die nächstliegenden praktischen Aufgaben seien vor allem sozialpolitischer Natur; daneben gelte es, an der Vereinheitlichung des Zivil- und Strafrechts mitzuarbeiten, die Arbeiterinteressen beim neuen Zolltarif zu vertreten und die Arbeitslosigkeit systematisch zu bekämpfen.<sup>15)</sup>

#### *b) Kantonale Politik*

##### *Politisches im engern Sinn*

Unter den politischen Fragen im engern Sinn standen für die Basler Sozialdemokratie nach 1900 zwei die Wahlgesetzgebung betreffende im Vordergrund: die Verhältniswahl und die obligatorische Stimmabgabe.

Im November 1900 war der Grossratsproporz vom Volk noch einmal abgelehnt worden, wenn auch wesentlich knapper als 1890. Das wachsende Selbstbewusstsein der Sozialdemokratie vertrug sich immer weniger mit den durch das Majorzsystem notwendigen Wahlabsprechungen mit dem Freisinn. So entschloss sich die Partei im Sommer 1904, eine neue Proporzinitiative in die Wege zu leiten und mit den andern Minderheitsparteien Verbindung aufzunehmen. Die Besprechungen verliefen erfolgreich, und auch die Unterschriftensammlung zeitigte ein höchst erfreuliches Ergebnis: Statt der notwendigen 1000 unterzeichneten fast 5000 Bürger den Initiativtext, eine Zahl, die bis Kriegsausbruch nie mehr erreicht wurde. Der Gesetzesentwurf war im wesentlichen mit jenem identisch, der vom Volk 1900 abgelehnt worden war, nur wurde diesmal die Kumulation beschränkt. Mit knappem Mehr erklärte der Grosse Rat die Initiative im November erheblich. In der Sitzung vom 26. Januar 1905 stimmte er ihr in offener Schlussabstimmung mit 50 zu 43 Stimmen zu, nachdem Wullschleger noch einmal geltend gemacht hatte, das neue Wahlsystem werde die bei grossen Wählerschichten unpopulären Wahlallianzen unnötig machen. Nach einem von beiden Seiten mit beträchtlichem Aufwand betriebenen Abstimmungskampf, bei dem die SP ihre erste Parteigarnitur lückenlos einspannte, wurde die Initiative am 25./26. Februar 1905 bei relativ mässiger Stimmbeteiligung mit dem Zufallsmehr von zehn Stimmen angenommen. Da die Initianten durchgesetzt hatten, dass das neue Abstimmungssystem bereits auf die Wahlen des Abstimmungsjahrs in Kraft treten sollte, sah man deren Ergebnis mit grösster Spannung entgegen. Der Ausgang erwies, dass der Proporz nur zwei der drei Parteien begünstigte, die ihn seit Jahren gefordert hatten: die Sozialdemokraten und die Katholiken. Der Freisinn, der sich bis zum Schluss dagegen gewehrt hatte, war der grosse Verlierer, doch büssten auch die Konservativen Mandate ein.<sup>16)</sup>

Dass die SP ihr altes Postulat des Stimmzwangs durch Parteiversammlungs-Beschluss im Februar 1903 wieder aufnahm, nachdem es sich als unpopulär erwiesen

und schon mehrmals Schiffbruch erlitten hatte, lag einmal daran, dass in den letzten Jahren die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen deutlich zurückgegangen war, zum andern hoffte die Sozialdemokratie, über mehr Wähler- und Stimmenreserven zu verfügen als andere Parteien. Das Begehren kam mit 1674 Unterschriften zustande und wurde noch im Frühjahr 1903 vom Grossen Rat erheblich erklärt. Vom Freisinn und der geschlossenen sozialdemokratischen Fraktion unterstützt, wurde die Initiative, die obligatorische Teilnahme an allen Wahlen und Abstimmungen vorsah, am 14. April 1904 vom Grossen Rat mit grossem Mehr gutgeheissen, vom Volk aber am 8. Mai desselben Jahres bei erneut mässiger Stimmbeteiligung mit 59% zu 41% der Stimmen verworfen. Die zustimmenden Mehrheiten in den Arbeiter-Wahllokalen bewiesen, dass die Parteileitung im wesentlichen Gefolgschaft gefunden hatte.<sup>17)</sup>

Als 1911 von anderer Seite eine erneute Stimmzwang-Initiative eingeleitet wurde, waren Partei und Fraktion in ihrer Stellungnahme gespalten. Man warf dem Initiativtext vor, er nehme gerade jene Wahlen aus, bei denen die SP durch ein Obligatorium am meisten zu gewinnen gehabt hätte, jene der Richter. Zudem hatten die Grossratswahlen von 1908 und 1911 bewiesen, dass die Partei auch ohne Stimmzwang auf dem Wege zum absoluten Mehr war. So beschloss eine Parteiversammlung Stimmenthaltung, obschon man grundsätzlich am Postulat des Stimm- und Wahlzwangs festhielt. In der Abstimmung vom 18. Juni 1911, die mit einer Beteiligung von 40% noch einmal das Hauptargument der Befürworter bestätigte, unterlag die Initiative knapp.<sup>18)</sup>

Trotz dem Angebot des Freisinns, der SP einen zweiten Sitz in der kantonalen Exekutive zu überlassen, beschloss die Fraktion im Februar 1910, im Grossen Rat einen Vorstoss für den Regierungsrats-Proporz zu unternehmen, wohl deshalb, weil sie ihre verstärkte Position nicht dem Freisinn zu verdanken haben wollte. Mit dem Zufallsmehr von 49 zu 47 Stimmen nahm der Rat am 24. Februar den Anzug Frei an, wobei die Katholiken geschlossen dafür stimmten. Bei der entscheidenden Grossrats-sitzung vom 26. Januar 1911 drohten die Vertreter der beiden befürwortenden Parteien – in der Überzeugung, die Zeit arbeite für sie –, wenn der Majorz beibehalten werde, so könnte der Augenblick eintreten, wo die Sozialdemokraten und die Katholiken als Grossratsmehrheit die Regierung allein stellen würden. Das Argument verfiel nicht: Mit 57 zu 53 Stimmen setzten die historischen Parteien die Beibehaltung des Majorzes für die Regierungsratswahlen durch.<sup>19)</sup>

In eine schiefe Lage geriet die sozialdemokratische Fraktion, als im Mai 1913 die Bürgerpartei das von ihr in früheren Jahren vertretene Postulat nach Verkleinerung des Grossen Rats aufnahm. Es stellte sich die einmalige Situation ein, dass die Linke und die extreme Rechte zusammen einer geschlossenen Front der übrigen Parteien gegenüberstanden. Der bürgerparteiliche Anzug wurde nach lauer Befürwortung durch die sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. Wäre das Postulat durchgedrungen, so hätte die SP als grösste Partei mit beträchtlichen Rekrutierungsschwierigkeiten immerhin am wenigsten zu verlieren gehabt.<sup>20)</sup>

Der wohl bedeutungsvollste politische Vorstoss der Sozialdemokratie wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs unterbrochen. Eine das Frauenstimmrecht fordernde Eingabe der beiden Arbeiterinnenvereine vom Januar 1909 war zunächst in der Schublade der Fraktion liegen geblieben. Zwar setzte sich der «Vorwärts» seit der Jahrhundertwende immer wieder für das Postulat ein, in der Fraktion war es aber bisher bei der Fürsprache Gutschmanns für eine Frau als Vorsteherin der Frauenarbeitschule und deren finanzielle Gleichstellung mit einem männlichen Vorsteher geblieben. Die Initiative zu einem parlamentarischen Vorstoss ging von einem einzelnen, Dr. Welti, aus. Die Fraktion bedeutete ihm jedoch, mit der geplanten Frauenstimmrechts-Motion bis zum Ende der kantonalen Wahlen zuzuwarten. Dies geschah denn auch: Der Anzug wurde in der Grossratsitzung vom 19. Mai 1914 eingereicht und sah das Frauenstimm- und Wahlrecht durch Verfassungsänderung vor. Im Dezember desselben Jahres zog dann aber Welti seinen Anzug «der ausserordentlichen Umstände wegen» zurück. Es sollte noch über 50 Jahre dauern, bis das alte, von der Parteiführung aber mit wenig Nachdruck verfochtene sozialdemokratische Postulat sich verwirklichen liess.<sup>21)</sup>

Weitgehend als ihren Erfolg buchte die sozialdemokratische Fraktion das neue Bürgerrechtsgesetz des Jahres 1902, das auf einen Anzug Wullschleger und Konsorten von 1898 zurückging, nachdem der Grosse Rat einem entsprechenden Vorstoss Arnolds vom Jahre 1895 die Gefolgschaft versagt hatte. Es erleichterte im Sinne des Anzugstellers die Verleihung des Bürgerrechts und trug dazu bei, das Missverhältnis zwischen Kantonsbürgern auf der einen, Niedergelassenen und Ausländern auf der andern Seite bis 1914 wesentlich zu mildern.<sup>22)</sup>

### *Die Trennung von Kirche und Staat*

Es ist hier nicht der Ort, dieses Problem, das die kirchlich interessierte Bürgerschaft Basels während vier Jahren in Atem gehalten hat, ausführlich darzulegen, ist das doch von Paul Burckhardt in seiner Stadtgeschichte in meisterhafter Weise getan worden. Wir beschränken uns darauf, den Anteil der Sozialdemokratie an der Lösung der Frage nachzuweisen.

Die vollständige Trennung von Kirche und Staat war ein altes Postulat der internationalen Sozialdemokratie. So hatte die SPD in ihrem Erfurter Programm von 1891 unter Punkt 6 festgehalten: «Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollständig selbständig ordnen.» Auf diesem Boden stand in der Vorkriegszeit die Mehrzahl der führenden Basler Sozialdemokraten und wohl auch des Parteivolks; der Satz «Religion ist Privatsache» galt geradezu als Axiom. Allerdings war es Wassilieff mit seinen auf dem materialistischen Weltbild beruhenden Referaten gelungen, einen beträchtlichen Teil der jüngern Genossen für

den Atheismus zu gewinnen, doch wurde diese Weltanschauung in der Partei nur als eine unter vielen andern Möglichkeiten gelten gelassen, und der Grundsatz der religiösen Toleranz blieb unangetastet. Für die meisten Sozialdemokraten traf zu, was Paul Burckhardt für einen grossen Teil des Basler Volks festhält: Die Fragen der Wirtschaft lagen ihnen näher als jene der Weltanschauung, die religiöse Indifferenz stellte die Grundhaltung dar. Von einer erneuten Kulturkampfstimmung konnte auch in der Basler Sozialdemokratie nicht die Rede sein. Wenn eine latente Kirchenfeindschaft vorhanden war, so richtete sich diese vorwiegend gegen die katholische Kirche, der nicht wenige Sozialdemokraten des ersten Gliedes (so Arnold, Frei und Dr. Knörr) entstammten. Von Frei wissen wir, dass der hässliche Kampf zwischen Römisch- und Altkatholiken im Fricktal ihn in seinen Jünglingsjahren derart angewidert hatte, dass er der Kirche gänzlich den Rücken kehrte.<sup>23)</sup> Es ist zu vermuten, dass die konfessionellen Auswüchse der Kulturkampfzeit auch bei andern dieselbe Folge zeitigten.

Im Zusammenhang mit den sich seit 1903 immer wieder folgenden Gesuchen der römisch-katholischen Gemeinde um Subventionierung durch den Staat war das Problem der Trennung von Kirche und Staat erstmals in der Rechnungskommission des Grossen Rats aufgetaucht, doch verzichtete diese darauf, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Es entbehrte nun nicht der Pikanterie, dass sich der sozialdemokratische Vertreter in dieser Kommission, Dr. Knörr, entschloss, aus eigener Initiative einen Vorstoss zu unternehmen. Als Katholik setzte er sich dem Verdacht aus, sich mit seinen Glaubensgenossen ins Einvernehmen gesetzt zu haben, obschon er mit dem politischen Katholizismus radikal gebrochen hatte. Dieser Vorwurf blieb ihm sogar von einem Parteigenossen – Stadelmann – nicht erspart; auch Regierungsrat Karl Ch. Burckhardt bemerkte in der Grossratsdebatte vom 11. Oktober 1906 mit feiner Ironie, Knörr habe zwei Seelen in seiner Brust; diesmal sei die katholische deutlicher geworden als die sozialistische. Die Quellen versagen uns, die tiefsten Motive Knörrs ans Licht zu ziehen; so müssen wir uns an die Begründungen halten, die er in der Fraktion und im Grossen Rat vorgebracht hat.

Der damals im Grossen Rat wegen seines Muts, seiner juristischen Fachkenntnisse und seiner Beredsamkeit in hohem Ansehen stehende Parteiadvokat brachte sein Anliegen erstmals in der Fraktionssitzung vom 19. Februar 1906 vor. Es wurde beschlossen, die Frage zunächst in den Quartiervereinen und dann an einer Parteiversammlung zu besprechen.<sup>24)</sup> Am 12. März referierte Knörr in der Fraktionssitzung ausführlich über die Gründe seines Vorgehens. Das Begehren der römisch-katholischen Kirche bilde einen günstigen Anlass, das alte sozialdemokratische Postulat aufzunehmen. Die Trennung von Kirche und Staat sei nicht nur eine Forderung der Sozialdemokratie, sondern eine unmittelbare Folge der Religionsartikel der geltenden Bundesverfassung. Es folgte eine Diskussion von Niveau, die fast allgemeine Zustimmung ergab. Wullschleger warnte davor, dem geplanten Anzug kulturkämpferischen Ausdruck zu geben; entsprechende Töne waren allerdings in der Debatte kaum zur

Geltung gekommen. Der historischen Stunde bewusst, einigte man sich darauf, Knörr solle den Anzug in Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Regierungsrat formulieren. Am 19. März lag der formulierte Antrag der Fraktionsversammlung bereits vor. Er wurde einstimmig gutgeheissen, unterschrieben und drei Tage später dem Grossen Rat eingereicht.

Am 11. Oktober desselben Jahres kam er dort zur Sprache. In einem grossen Votum führte der Antragsteller aus, die Frage der Trennung von Kirche und Staat sei im Anschluss an die entsprechende französische Bewegung seit einiger Zeit innerhalb der Sozialdemokratie diskutiert worden. Die jüngeren Elemente der Partei hätten zu einem Vorstoss gedrängt, die älteren zurückgehalten, da der Augenblick dafür noch nicht gekommen sei und wichtige wirtschaftliche Fragen zur Entscheidung drängten. Im übrigen handle es sich um einen Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Katholiken, der in der Konsequenz der neuzeitlichen Entwicklung liege, wie schon Jakob Burckhardt in seinen «Weltgeschichtlichen Betrachtungen» (im Kapitel «Der Staat in seiner Bedingtheit durch die Religionen») nachgewiesen habe. In der Fortsetzung der Debatte kam es am 25. Oktober zu einem überraschenden Zwischenspiel, behauptete doch Stadelmann, der als Altkatholik fürchtete, die Trennung könne seiner Kirche das Grab schaufeln, die Partei sei nie um ihre Meinung gefragt worden; in der Sozialdemokratie sei die Mehrheit nicht für die Trennung, da sie die Ansicht vertrete, zur Erziehung sei die Religion unentbehrlich. Vor versammeltem Grossen Rat wurde der Abtrünnige von seinem Parteigenossen Frei feierlich in Acht und Bann getan, war er doch wegen Krankheit seit längerer Zeit allen Parteiveranstaltungen ferngeblieben. «Es rauschte konzilshaft durch den Saal, als das Anathema ausgesprochen wurde», spotteten die «Basler Nachrichten». Durch ein unglückliches Votum Gutschmanns mit Sticheleien gegen Katholiken und Juden kam die «schärfere sozialistische Tonart» doch noch zum Ausdruck, auf die der katholische Führer Dr. Feigenwinter in einem Votum an einer früheren Sitzung angespielt hatte. In der Schlussitzung ergriff von den Sozialdemokraten vor allem Dr. Blocher das Wort. In einem hochstehenden Votum beschäftigte er sich ganz allgemein mit der Lage der Kirche in der Gegenwart. Die Industrialisierung habe wachsende religiöse Indifferenz zur Folge, die jetzt – gerade in Basel – noch sehr gemässigte Sozialdemokratie werde sich im Verlauf des Klassenkampfes und unter dem Eindruck des bevorstehenden Zusammenbruchs des Russischen Reichs und der daraus entstehenden internationalen Komplikationen radikalieren, eine sozialdemokratische Mehrheit in Basel liege nicht in weiter Ferne. Die in beschwörendem Tone – unter grosser Unruhe der Zuhörerschaft – gehaltene Rede gipfelte im Ausruf: «Willigen Sie heute in die Trennung, dann können Sie noch mitbestimmen, denn über kurz oder lang wird eines Tages die Sozialdemokratie in Basel herrschen.» Ähnlich, wenn auch zurückhaltender, hatte auch Regierungsrat Karl Ch. Burckhardt argumentiert. Schliesslich wurde der Antrag Knörr in erweiterter Form angenommen: Die Regierung sollte das Verhältnis der Kirchen zum Staat prüfen, doch nicht nur vom Standpunkt der völligen Trennung aus.

Im Januar 1909 nahm der Grosse Rat einstimmig die im wesentlichen von Karl Christoph Burckhardt geschaffene Kirchenvorlage an. Knörr machte einige Punkte geltend, bei denen die konsequente sozialdemokratische Konzeption verletzt worden war, versagte aber dem auf dem Boden der historischen Entwicklung stehenden Regierungsprojekt und dessen Spiritus rector seine Anerkennung nicht. Als infolge gesteigerter Begehren der Katholiken im Januar 1910 die Frage noch einmal vor den Grossen Rat kam, fasste Blocher weit ausholend nochmals die Stellungnahme der Sozialdemokratie zusammen. Die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat sei nicht ein spezifisches Postulat der Sozialdemokratie, sondern das Ergebnis der grossen geistigen Bewegung von der Renaissance bis zur Gegenwart, die zur Säkularisierung und Privatisierung des Denkens geführt habe. Seine Partei begrüsse die Vorlage der Regierung, obschon sie nicht die völlige Trennung bringe, weil sie einen Schritt auf dem Wege dazu bedeute. Sie lehne den katholischen Vorschlag, die katholische Kirche ebenfalls zur öffentlich-rechtlichen Institution zu machen, ab; die gegenwärtige Stellung dieser Kirche als reine Privatgesellschaft entspreche ja gerade dem, was die SP für alle kirchlichen Gemeinden anstrebe. Das Endziel der Sozialdemokratie sei die Gleichstellung sämtlicher Religionsgemeinschaften auf dem Boden des Privatrechts. Einem katholischen Vorschlag nach völliger Trennung hielt Blocher in der Diskussion – im Namen der Fraktion – entgegen, sie würde im gegenwärtigen Augenblick mit Sicherheit vom Volke verworfen; es sei in niemandes Interesse, wenn alles beim alten bleibe.

In der von der Regierung angeordneten Abstimmung vom 6. März 1910 wurde die Vorlage bei bedenklich geringer Beteiligung mit erdrückendem Mehr angenommen. Der «Vorwärts»-Kommentar stellte – zu Recht – fest, dass das Ergebnis das persönliche Verdienst des Vorstehers des Justizdepartements, Regierungsrat Karl Ch. Burckhardt, und der zielbewussten und geschickten Politik der sozialdemokratischen Grossratsfraktion darstelle. Die beiden hervorragendsten Intellektuellen in der Partei hatten bewiesen, dass die Sozialdemokratie auch in weltanschaulichen Fragen ein gewichtiges Wort zu sprechen habe. Blocher dürfte seinen ihm vom Freisinn angebotenen Regierungsratssitz und die Hochachtung, die ihm seine konservativen Kollegen in der Exekutive entgegenbrachten, nicht zuletzt seinem letzten grossen Votum zu verdanken gehabt haben. Knörr, der 1912 als Vierzigjähriger starb, hat noch die Verwirklichung seines wichtigsten Postulats erlebt.<sup>25)</sup>

### *Kulturelles*

Die wirtschaftlichen und politischen Fragen absorbierten die Sozialdemokratie im Zeitalter des schärfsten Klassenkampfes dermassen, dass für kulturelle Probleme weder Zeit noch Interesse übrig blieb. Die Arbeiterschaft nahm nur wenig am kulturellen Leben der Stadt teil, das noch den guten Sonntagsrock voraussetzte, sondern schuf sich in ihren eigenen Veranstaltungen eine Art von Subkultur.

Einen Einblick in die Auffassung der massgeblichen Parteiführer gewähren die Diskussionen über das Theater vom Jahr 1906 im Zusammenhang mit dem Stadttheaterneubau und den Debatten über die Höhe der Theatersubvention.

Während Knörr – wie der Freisinn – für die Verstaatlichung des Theaters eintrat, forderte Wullschleger, der Staat solle zuerst seine sozialpolitischen Aufgaben erfüllen, bevor er Steuergelder für kulturelle Aufgaben ausbe. Jaeggi trat für eine erhöhte Subvention mit dem Argument ein, das Theater sei auch für den Arbeiter wertvoll, Blocher hingegen bezeichnete die Institution – jedenfalls in der damaligen Form – als Schule des schlechten Geschmacks, in welcher Meinung ihn Gutschmann unterstützte, der sich als Selfmade-man eine vorzügliche literarische Bildung erworben hatte.

Diese negativen Urteile hielten die Parteiversammlung nicht davon ab, der höhere Subvention fordernden Grossratsvorlage zuzustimmen, als dagegen das Referendum ergriffen wurde. Diese wurde im Mai 1906 vom Volk angenommen. Die Arbeiterschaft dürfte nicht wenig zur bedenklichen Stimmbeteiligung von 32% beigetragen haben; bezeichnend war, dass das Horburgquartier die Vorlage verwarf.<sup>26)</sup>

Erst in der Zwischenkriegszeit wurde sich die Sozialdemokratie – unter günstigeren wirtschaftlich-sozialen Voraussetzungen – der Bedeutung des Theaters für die Arbeiterbevölkerung und für ihre eigenen Anliegen bewusst.

### *Erziehungswesen*

Die Förderung des Erziehungswesens im Sinne der Demokratisierung sämtlicher Schulanstalten gehörte schon zu den Postulaten der internationalen Arbeiterbewegung in Basel. In der Sozialdemokratie waren es vornehmlich die Lehrer, die im Grossen Rat immer neue Vorstösse zur Verbesserung des Schulwesens unternahmen. Stand im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts Adam Müller-Ott als Spezialist für Schulfragen fast allein da, so konnte die sozialdemokratische Fraktion in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch mit mehreren Fachleuten für diese Probleme rechnen; am meisten Initiative entwickelte dabei der spätere Vorsteher des Erziehungsdepartements, Sekundarlehrer Fritz Hauser.

Grundsätzlich vertrat die SP schon vor dem Krieg die Auffassung, für den Ausbau des Erziehungswesens könne der Staat nicht genug tun. Sie trat deshalb allen Sparten auf diesem Gebiet mit Nachdruck entgegen. Vor allem nahm sie sich der Volks- und der beruflichen Fortbildungsschulen an. Das Interesse für das höhere Mittelschulwesen und die Universität war noch gering, da man diese Bildungsstätten als ausgesprochene Standesschulen empfand. Das wurde deutlich, als kurz nach der Jahrhundertwende die Frage der Errichtung einer Handelshochschule zur Diskussion stand. Eine Parteiversammlung vom Sommer 1903 verweigerte dem betreffenden Gesetzesvorschlag ihre Unterstützung und beschloss Stimmfreigabe. Für diese Stellungnahme wurde vor allem die schlechte Finanzlage des Kantons geltend gemacht; der

wirkliche Beweggrund war aber die Befürchtung, die Institution werde nur den «obern Zehntausend» dienen. Die Arbeiterschaft dürfte mehr zur bedenklichen Stimmbeteiligung als zur wuchtigen Ablehnung des Gesetzes beigetragen haben.<sup>27)</sup> Ein Antrag von Krebs in der Grossratsitzung vom 11. Februar 1904, nicht nur einheimische, sondern auch ausländische Studentinnen als Hörerinnen an der Universität zuzulassen, wie dies schon seit einiger Zeit in Zürich, Bern und Genf der Fall war, scheiterte an der Befürchtung der Grossratsmehrheit und wohl auch der zuständigen Universitätsinstanzen, die Universität könnte dadurch radikalisiert werden.<sup>28)</sup> Der Basler Arbeiterbewegung blieb dadurch das radikale weiblich-ausländische Element versagt. Da es sich bei den ausländischen Studentinnen meist um dem zaristischen Regime feindliche Russinnen handelte, hätten sich diese wahrscheinlich dem jugendlichen Wassilieff-Kreis angeschlossen und die ideologischen Auseinandersetzungen in der Partei noch verschärft.

Mehrmals unternahmen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion Vorstösse zur Revision des Schulgesetzes von 1880. Sie zielten auf die Reform der Lehrerbildung, eine neue Gliederung der Mittelschulen, vor allem aber auf die scharfe Trennung von Schul- und Religionsunterricht. Die letztgenannte Forderung wurde von Hauser im November 1911 im Grossen Rat als logische Folgerung der Trennung von Kirche und Staat erhoben und dann einer Kommission zur Prüfung übergeben. Die SP fand, wenn auch aus völlig andern Motiven, Unterstützung bei den Katholiken. Dem aus freisinnigen Kreisen stammenden Vorschlag, den Religions- durch eine Art Moralunterricht zu ersetzen, diesen aber weiterhin ins Schulprogramm zu integrieren, trat Hauser mit dem zutreffenden Argument entgegen, ein solcher Unterricht müsste völlig unverbindlich und farblos bleiben und liege nicht im Interesse der wirklich Gläubigen. Die vor allem von Hauser vertretene Tendenz, «grundsätzlich die christliche Religion aus dem modernen Kultur- und Sozialstaat in die Ecke des Privatlebens zu drücken» (Paul Burckhardt), sollte erst in der Zwischenkriegszeit eine teilweise Erfüllung finden.<sup>29)</sup>

Scharf trat die Sozialdemokratie unter der Führung Hausers dem Initiativbegehren entgegen, das auf die Erhebung von Schulgeld von auswärts wohnenden Schülern abzielte. Da diese nur 2% der gesamten Basler Schülerschaft ausmachten, sei wenig zu sparen; die Annahme des Vorschlags würde zudem vor allem die kleinen Leute treffen und die von der Partei seit jeher erstrebte Wiedervereinigung erschweren. Die Argumente vermochten zwar die Mehrheit der die Verwerfungspareole herausgebenden Parteiversammlung, nicht aber das Parteivolk zu überzeugen: Ende September 1912 wurde die Initiative vom Basler Volk mit grosser Mehrheit, auch in den Arbeiterquartieren, angenommen. Bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes aufgrund des Volksentscheids, der nach Auffassung der SP mittels demagogischer Argumente zustande gekommen war, machte die sozialdemokratische Fraktion unter Hausers Führung ihre Opposition erneut geltend, konnte aber nicht verhindern, dass sich im Rat dafür eine Mehrheit fand. In der Abstimmung vom 1. Februar 1914 wurde das Gesetz



mit dem Zufallsmehr von sechs Stimmen angenommen. Die materiellen Argumente des Hausbesitzervereins und der Bürgerpartei hatten erneut über die weitsichtigeren der Sozialdemokratie und vereinzelter Bürgerlicher den Sieg davon getragen.<sup>30)</sup>

Während sich in der SP zu Ende des 19. Jahrhunderts noch lehrerfeindliche Tendenzen gezeigt hatten, die nicht zuletzt in der feindlichen Haltung der Lehrerschaft gegenüber der Sozialdemokratie und deren Vorkämpfer Adam Müller-Ott begründet waren, änderten sich die Dinge, als nicht nur der «Vorwärts» seit etwa 1905 ausgesprochen freundliche Töne gegenüber den Basler Lehrern anschlug, sondern die aus dem Lehrerstand hervorgegangenen Grossräte der Partei die Fraktion zur Unterstützung besserer Besoldungen auch für die Lehrerschaft zu gewinnen vermochten. Trotz der Verschärfung des Klassenkampfes war das Bekenntnis zur Sozialdemokratie am Ende des hier behandelten Zeitabschnitts für den Lehrer nicht mehr gleichbedeutend mit der Isolierung innerhalb seines Berufsstandes und mit Anfeindung durch breite Schichten der Elternschaft, wie das um die Jahrhundertwende noch der Fall gewesen war. Aber noch brauchte es Mut für einen politisch engagierten Lehrer, seine sozialdemokratische Gesinnung in der Öffentlichkeit zu vertreten.<sup>31)</sup>

#### *Wohnwesen*

Bis zur Jahrhundertwende waren die vor allem von Wilhelm Arnold ausgehenden Vorstösse der Sozialdemokratie für ein Wohnungsgesetz erfolglos geblieben. Zwar nahm der Vertrauensmann der Mieterschaft auch in den nächsten Jahren im Grossen Rat jede Möglichkeit wahr, um auf die unbefriedigenden Wohnverhältnisse eines grossen Teils der Bevölkerung aufmerksam zu machen. Zu einer grösseren Aktion kam es aber erst 1907. Da sie vom Genossenschaftspolitiker Jaeggi ausging und schliesslich im Sinne des genossenschaftlichen Wohnungsbaus entschieden wurde, ist das Problem im entsprechenden Kapitel behandelt.

#### *Wirtschaftsgesetz, Baufragen*

Bei der Beratung des neuen Wirtschaftsgesetzes in den Jahren 1903/04 stand für die sozialdemokratische Fraktion, als deren Sprecher auch hier vor allem Jaeggi auftrat, die Besserstellung des Wirtschaftspersonals im Vordergrund. Als sie damit nicht durchdrang, gab die Partei die Verwerfungsparole heraus. Nachdem die Partialrevision des Gesetzes vom Volk im September 1904 abgelehnt worden war, reichte Jaeggi im Grossen Rat einen Anzug ein, der dem Anliegen gerecht zu werden versuchte. Der Rat hiess im April 1905 die Abänderung der das Personal betreffenden Paragraphen 29 und 31 gut.<sup>32)</sup>

Der von den abstinenten sozialdemokratischen Grossräten ausgehende Anzug betreffend die Einführung einer Polizeistunde fand in der Fraktion nach einem Gegenreferat des Parteiwirts Türke nicht ungeteilte Zustimmung, so dass Stimmfreigabe beschlossen wurde. Auch im Grossen Rat fand das für jene Zeit noch ungewohnte Begehren keine Mehrheit.<sup>33)</sup>

Die zahlreichen Baufragen, die auch nach der Jahrhundertwende die Öffentlichkeit beschäftigten, fanden in der Sozialdemokratie bestenfalls in den davon am stärksten betroffenen Quartiervereinen einigen Widerhall. Partei und Fraktion nahmen sich ihrer kaum an, weil sie die Arbeiterschaft nicht unmittelbar betrafen und weil man die Lösung der Wohnungsfrage für vordringlich hielt.

### *Steuerwesen*

Bereits im 19. Jahrhundert hatte Basel ein fortschrittliches, soziales Steuergesetz mit starken Progressionssätzen bei der Vermögenssteuer und einer Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die direkte Linie erhalten. Dass es dem Vorschlag von Finanzdirektor Paul Speiser entsprang, war ein Beweis dafür, dass auch die Konservativen zu einer Entlastung der kleinen Einkommen bereit waren. Noch entsprach aber das Basler Steuerwesen nicht den Anforderungen an die Steuergerechtigkeit, die in sozialdemokratischen Kreisen vorherrschten.

Dreimal unternahmen sozialdemokratische Grossräte Vorstösse im Hinblick auf die Veröffentlichung des Steuerregisters (1904, 1910 und 1912), doch blieben sie damit jeweils in der Minderheit.<sup>34)</sup>

Seit 1905 wurde die sozialdemokratische Steuerpolitik im wesentlichen durch Bernhard Jaeggi bestimmt. Sie ging vom Grundsatz aus, dass der notwendige Ausbau der Sozialpolitik nur durch höhere Steuereinnahmen möglich sei, dass diese aber vornehmlich durch die vermöglichen Schichten zu erbringen seien. Der von der Regierung vorgeschlagenen Massnahme, Zuschläge auf die Steuern zu erheben, setzte die Fraktion zunächst Widerstand entgegen, da sie die Progression verwässere. Später fand man sich damit ab, suchte aber dabei die untern Schichten zu entlasten und die Steuerzuschläge auch auf die Erbschaftssteuer anzuwenden, sowie Gehaltserhöhungen für die Staatsangestellten und -arbeiter durchzusetzen. Vor allem aber war es Jaeggi daran gelegen, den Grundbesitz durch eine die Bodenspekulation eindämmende Wertzuwachssteuer zur Verbesserung der Staatsfinanzen heranzuziehen, zu welchem Zweck er 1905 einen Anzug einreichte. In der darauf folgenden Diskussion bekannte Gutschmann, dass es das Endziel der Sozialdemokratie sei, Grund und Boden in das Eigentum des Staates überzuführen, was einige Unruhe bei den bürgerlichen Vertretern verursachte. Der Anzug ging an eine Kommission. Nachdem der Grosse Rat ein entsprechendes Gesetz ausgearbeitet hatte, wurde dagegen das Referendum ergriffen. Obschon ausser den Konservativen alle Parteien für die Regierungsvorlage eintraten, wobei die SP besonders intensiv an der Abstimmungsagitation teilnahm, lehnte sie das Volk im Juni 1911 ab.<sup>35)</sup>

### *Sozialpolitik*

Die bedeutendste Leistung der Vorkriegs-Sozialdemokratie liegt zweifellos auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Seit der Übernahme des dafür zuständigen Departements des Innern durch Wullschleger trotz allen rhetorischen Klassenkampfparolen

weitgehend in den «bürgerlichen» Staat integriert, machte sich die Partei daran, die schon im 19. Jahrhundert aufgestellten Postulate Schritt für Schritt zu verwirklichen. Die Initiative dazu ging meist von der Grossratsfraktion, häufig aber auch von Wullschleger selbst aus. Der Arbeiterbund als gewerkschaftliche Dachorganisation und einzelne seiner Vereine, aber auch das Parteivolk durch das Mittel der Parteiversammlung traten dabei als Mahner auf, wenn die Vertreter in den Behörden nicht rasch genug handelten. Der städtische Boden erwies sich einmal mehr, auch in der Sozialpolitik, als günstiges Experimentierfeld. Allerdings: das neue Jahrhundert hatte – vom Gesichtspunkt der Sozialpolitik aus – denkbar schlecht begonnen: 1900 waren sowohl die kantonale Arbeitslosenversicherung wie das kantonale Wohnungsgesetz abgelehnt worden; auch die eidgenössische Kranken- und Unfallversicherung hatte beim Souverän keine Gnade gefunden. So empfand man es in der organisierten Arbeiterschaft als zwar bescheidenen, aber doch nicht unbedeutenden Erfolg, dass 1902 ein kantonales Statistisches Amt und ein Gewerbeinspektorat errichtet wurden, womit Vorschläge der Fraktion und des Arbeiterbundes ihre Verwirklichung fanden.<sup>36)</sup> Die Genugtuung war in der Sozialdemokratie umso grösser, als mit Dr. Hermann Blocher und dessen Nachfolger Dr. Walter Strub zwei ihrer tüchtigsten Kräfte zu Gewerbeinspektoren gewählt wurden und der erste Kantonsstatistiker, Dr. Mangold, als ausgesprochener Sozialpolitiker galt.

Im November 1901 reichte Wullschleger im Grossen Rat einen Anzug ein, der die Ausarbeitung eines kantonalen Arbeiterschutzes zum Ziel hatte. Er drang aber damit nicht durch.<sup>37)</sup> Kurz darauf zum Regierungsrat gewählt, verstand er es, die Anliegen, die er mit einem umfassenden Gesetz auf einmal hatte verwirklichen wollen, mit spezielleren Gesetzen wenigstens teilweise zu realisieren. Das Arbeiterinnen-schutzgesetz (1905), das Lehrlingsgesetz (1906), das Ruhetagsgesetz (1909), die kantonale staatliche Arbeitslosenversicherung (1909) und die Errichtung eines staatlichen Einigungsamtes (1911) sind zwar von einem mehrheitlich bürgerlichen Regierungsrat und von einem mehrheitlich bürgerlichen Grossen Rat angenommen worden, doch ging die Initiative jeweils von der sozialdemokratischen Fraktion oder vom sozialdemokratischen Vorsteher des Departements des Innern aus.<sup>38)</sup> Damit wurden bis 1914 sämtliche sozialpolitischen Postulate erfüllt, die der «Vorwärts» am 4. Mai 1905 als dringlich bezeichnet hatte.

Weniger Erfolg war einem Anliegen beschieden, das vor allem Arbeitersekretär Wassilieff am Herzen lag: dem Schutz der Bäckereiarbeiter. Im Sommer 1901 beschloss eine Delegiertenversammlung des Arbeiterbunds, die Volksinitiative zur Schaffung eines Gesetzes zu ergreifen, welches die Arbeitszeit der Bäckergehilfen auf zwölf Stunden beschränken sollte. Eine Parteiversammlung vom September überwies die Angelegenheit der Fraktion. Diese scheint die ihr offenbar ungelegene Sache verschleppt zu haben. Es bedurfte der Wahl Wassilieffs in den Grossen Rat, um den Stein ins Rollen zu bringen: Im Oktober 1902 reichte er eine diesbezügliche Motion ein. Da sie erfolglos blieb, beschloss der Arbeiterbund auf Betreiben seines Sekretärs

Ende 1904, es nun doch mit einer Volksinitiative zu versuchen. Diese kam mit fast 1400 Unterschriften zustande. Eine Parteiversammlung vom Mai 1905 rügte die oberflächliche Redigierung des Initiativtexts durch Wassilieff, beschloss jedoch Zustimmung. Der Grosse Rat empfand den Vorstoss als Zwängerei Wassilieffs. Das Initiativbegehren wurde denn auch vom Volk mit grosser Mehrheit abgelehnt.<sup>39)</sup>

Die bedeutendste sozialpolitische Leistung, die auf Anregung der Sozialdemokratie zustande kam, war die Errichtung der ersten öffentlichen Krankenkasse in der Schweiz. Am 8. Februar 1912 reichte Jaeggi im Namen seiner Fraktion im Grossen Rat einen Anzug ein, mit dem er die Regierung beauftragte zu prüfen, ob nicht auf den Zeitpunkt, da die eben vom Schweizer Volk angenommene Kranken- und Unfallversicherung in Kraft treten würde, für den Kanton Basel das Obligatorium erklärt werden sollte. Das eidgenössische Gesetz gab den Kantonen dazu das Recht, vorausgesetzt dass sie nicht einer einzigen Kasse das Monopol übertrugen. Am 23. Mai überwies der Rat den Anzug der Regierung. Am 27. Juni beschloss der Grosse Rat Kommissionsberatung. Die SP forderte den Vorsitz und schlug dafür Emil Angst vor, der dann auch gewählt wurde. Kurz vor Ausbruch des Krieges beriet der Grosse Rat das Gesetz zu Ende. Das Referendum wurde nicht ergriffen.<sup>40)</sup>

#### *Interessenvertretung für das untere Staatspersonal*

Mehr noch als im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts amtete die sozialdemokratische Fraktion, wie schon in dem ihr gewidmeten Kapitel nachgewiesen wurde, als Vertreterin der Interessen der untern Staatsangestellten und der Staatsarbeiter. Je stärker die Vertretung dieser Berufskategorien in der Fraktion anwuchs, desto augenfälliger wurde deren Funktion als politischer Vortrupp gewerkschaftlicher Forderungen. Wir begnügen uns mit dem Hinweis auf bezeichnende Beispiele.

In der Fraktionssitzung vom 9. Juni 1906 schlug der Präsident des Staatsarbeiterverbands, Düby, beschwörende Töne an. Eine Neuregelung der Besoldung der Staatsarbeiter sei seit 1897 hängig; da die Teuerung fortschreite, stehe das Stimmungsbarometer bei der Staatsarbeiterschaft auf Sturm. Um das Schlimmste, einen Streik, zu verhindern, sei alles zu tun, damit wenigstens eine vorläufige Teuerungszulage gewährt werde. Die Fraktion beauftragte den Vertrauensmann der Staatsarbeiterschaft, die Sache vor dem Rat zu vertreten. Regierung und Volksvertretung zeigten sich verständnisvoll, die Teuerungszulage wurde gewährt.<sup>41)</sup>

1909 setzten die sozialdemokratischen Grossräte ein verbessertes Besoldungsgesetz für die unteren Kategorien des Staatspersonals durch, das vor allem den lange erstrebten Neunstundentag brachte.<sup>42)</sup>

Die 1909 einsetzende verschärfte Teuerungswelle hatte neue Lohnbegehren zur Folge. Zwar hatten sich die Löhne des unteren und mittleren Staatspersonals mittlerweile mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 2000 Franken jenen der Arbeiterschaft in der Privatindustrie angeglichen; jene der Schlechtestbezahlten bewegten sich nach Untersuchungen aus dem Jahre 1912 aber immer noch am Rande

des Existenzminimums. Erneut war es vornehmlich der SP zu verdanken, dass die Regierung eine Teilrevision des Besoldungsgesetzes vorlegte, die denn auch vom Grossen Rat angenommen wurde. Als die Bürgerpartei dagegen das Referendum ergriff, setzten übereifrige Staatsarbeiter ihnen bekannte Unterzeichner des Referendums unter Druck, wurden aber durch ihren Verband zurechtgewiesen. Der sozialdemokratische Vorsteher des Polizeidepartements erklärte im Grossen Rat, er werde mit Hilfe der Polizei das Referendumsrecht schützen. Später erwies sich dann allerdings, dass die von der Bürgerpartei aufgestellten Behauptungen über Übergriffe in den meisten Fällen jeder Grundlage entbehrten. In der Volksabstimmung vom 23. Februar 1913 wurde das neue Besoldungsgesetz mit grossem Mehr angenommen, da nur die Bürgerpartei es bekämpfte hatte; die Konservativen hatten Stimmfreigabe erklärt. Die Grossratsdebatten und der Abstimmungskampf hatten einmal mehr den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Bürgerpartei blossgelegt. Bezeichnend für die Berufsstruktur der Quartiere war der Umstand, dass das Pestalozzi- und das Gundeldingerschulhaus besonders hohe zustimmende Mehrheiten aufzuweisen hatten: In jenem Quartier wohnten zahlreiche Gasarbeiter und Angestellte des Schlachthauses, das Quartier hinter dem Bahnhof war ein Zentrum der Eisenbahn- und Postangestellten.<sup>43)</sup>

#### *Klassenkampf im Grossen Rat*

Vereinzelte klassenkämpferische Töne waren im Grossen Rat seit der Jahrhundertwende erklingen. Jene von rechts gingen vor allem von gewerblicher, jene von links ausschliesslich von sozialdemokratischer Seite aus. Noch herrschte aber in der sozialdemokratischen Fraktion der sachliche Ton der Parteigründer vor. Dies wurde anders, als 1902 Wassilieff und Frei, 1905 Rimathé und Knörr und 1907 Grimm in den Grossen Rat eintraten und als sich 1904 auch die Arbeitgeberschaft zum Kampfe rüstete. Spätestens seit 1905 spielten sich zahlreiche Debatten im Zeichen und im Tenor des Klassenkampfes ab. Die Kämpfe auf den Arbeitsplätzen fanden ein erregtes Echo im Ratssaal.

Dabei stand sehr oft der Paragraph 164 des Polizeistrafgesetzes im Vordergrund, der das Verhalten der Polizei im Streikfalle regelte. Die Folge davon war, dass der Vorsteher des Polizeidepartements der schärfsten Kritik der Sozialdemokratie ausgesetzt war. Seit 1910 hiess dieser Dr. Hermann Blocher und war Sozialdemokrat. Der von der SP, bzw. vom als Pressure Group wirkenden Arbeiterbund inkriminierte Paragraph des Polizeistrafgesetzes vom 23. September 1872 hatte unter dem Titel «Übertretungen in Bezug auf Koalitionen» folgenden Wortlaut: «Wer andere durch Zwang, Drohung, Ehrbeleidigung oder Verrufserklärung zu bestimmen versucht, an Verabredungen zum Behuf Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders durch Einstellen der Arbeit oder Entlassung von Arbeitern, teilzunehmen, ebenso wer durch solche Mittel andere hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verbindungen zurückzutreten, wird mit Haft bestraft.» Dieser Paragraph hatte sich

1872 gegen Übergriffe von seiten der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber gerichtet. Die Sozialdemokratie warf nun aber der Regierung und insbesondere dem Polizeidepartement vor, er werde einseitig gegen die Arbeiter angewendet.

Den ersten Vorstoss gegen den die Arbeiterschaft erbitternden Paragraphen unternahm auf Anregung des Arbeiterbunds dessen erster Präsident, Wilhelm Arnold, im Jahre 1904. Regierungsrat Zutt wies in der Debatte vom 13. Oktober darauf hin, dass die Ausschreitungen bei den Maurerstreiks der Jahre 1895 und 1903 die Notwendigkeit dieses Artikels bewiesen hätten, zudem sei die Polizei sehr zurückhaltend aufgetreten. Wullschleger forderte Entgegennahme durch die Regierung. Dieser biete sich damit Gelegenheit, einmal das Streikrecht zu prüfen. Sie gehe damit keine Verpflichtung ein, den Paragraphen einfach abzuschaffen, auch eine Abänderung sei möglich. Der Grosse Rat folgte dem Ratschlag des Magistraten nicht, der Anzug wurde mit grossem Mehr abgelehnt.<sup>44)</sup>

Hohe Wellen warfen im Grossen Rat die Streiks und Aussperrungen im Bauhandwerk im Kampfsjahr 1905. Den Standpunkt der Arbeitnehmer vertrat mit aller Schärfe Redaktor Frei, jenen der Arbeitgeber Höchli. Die Regierung, nicht zuletzt Wullschleger als Vorsteher des zuständigen Departements, versuchte zu vermitteln. Für einmal fand die Haltung der Polizei auch bei den Arbeitervertretern Anerkennung.<sup>45)</sup>

In der Grossratssitzung vom 29. November des nicht weniger kampferfüllten Jahres 1906 reichte Frei erneut einen Anzug ein, in dem er die Aufhebung des berüchtigten Paragraphen forderte. Wieder lehnte ihn der Grosse Rat mit grosser Mehrheit ab.<sup>46)</sup>

Einen Höhepunkt erlebten die Klassenkampfdebatten im Grossen Rat im Jahre 1907. Diesmal ging die von Arbeitersekretär Grimm angetriebene Sozialdemokratie auf doppelter Front gegen § 164 vor: Sie ergriff die Volksinitiative zur Abschaffung des Paragraphen und vermochte zu diesem Zweck innert kürzester Zeit über 3000 Unterschriften zu sammeln. Fast gleichzeitig interpellierte Frei die Regierung im Grossen Rat wegen des starken Polizeiaufgebotes zum Schutz der Streikbrecher bei Arbeitseinstellungen. Das wirke auf die Arbeiter provokativ. Die Bewirtung der Polizisten durch die Arbeitgeber müsse aber geradezu als Bestechung gewertet werden. Nicht zu Unrecht kommentierten die «Basler Nachrichten» die Interpellationsbegründung mit dem Hinweis, Frei müsse eine scharfe Sprache führen, um den radikalen Elementen in der Partei die Spitze zu brechen. Als die Regierung in der Grossratssitzung vom 6. Juni die Unerheblicherklärung der Initiative vorschlug, machte Frei geltend, der in Frage stehende Paragraph sei deutschen Ursprungs, aber seinerzeit in Basel noch verschärft worden. Die SP sei gegen Gewalttätigkeit, aber die moralische Einwirkung auf Streikbrecher müsse erlaubt sein, sonst sei der Streik sinnlos. Eine noch schärfere Tonart schlug Arbeitersekretär Grimm an, der eben erst in einer Ersatzwahl in das kantonale Parlament gewählt worden war.<sup>46a)</sup> Der Lokalredaktor der «Basler Nachrichten», wahrscheinlich der junge Albert Oeri, bezeichnete ihn als den «fatalsten Fanatiker, den die Basler Politik je erlebt hat». Schliesslich wurde das

# Basler Vorwärts

Sozialdemokratisches Tagblatt

Offizielles Organ des Arbeiterbundes und der Sozialdemokratischen Partei Basel

**Abonnementspreis:**  
Bei der Expedition oder deren Ab-  
legern: monatlich 70 Cts., vierteljährlich  
Fr. 2.—; durch Verkäufer: monatlich  
80 Cts., vierteljährlich Fr. 2.40; durch  
die Post: vierteljährlich Fr. 2.75.

**Insertionspreis:**  
Die einseitige Zeile oder deren  
Raum für Lokal-Anzeige 10 Cts., für  
auswärtige 20 Cts., Reklamen 25 Cts.  
Bei größeren Aufträgen und Wieder-  
holungen entsprechender Rabatt.

Redaktion und Expedition: Petersberg 29 (Straßburgerhof)

Telephon 1788

Genossenschafts-Buchdruckerei, Petersberg 29 (Straßburgerhof)

## Nieder mit dem Gefängnisparagraph!

Die Abstimmungsschlacht hat begonnen. Sozialdemokraten, Arbeiter, Freunde der Rechtsgleichheit  
**tretet ungesäumt in den Kampf mit der Reaktion!**

Der letzte selbstständig denkende und urteilende Bürger muß zur Urne eilen und dort zum wichtigen Schlage ausholen gegen die Landvögte  
unserer Zeit. Stimmet

**Nein! Nein! Nein!**

### Hannibal ante portas!

Keiner kann das Geschick der Römer nicht gene-  
ten sein zur Zeit da der gefährlichste karthagische  
Feldherr Hannibal sich den Toren Roms näherte,  
als heute das Geschick der Bürgerlichen Basel  
ist, weil die Sozialdemokratie einen Artikel aus  
dem Basler Polizeiverordnungsbuch ausstreifen möchte.

ander haben. So ist ihm der Streikbrecher,  
nachdem er an seinen Klassengenossen eine  
Zusatz vollbracht, meistens eine widerwärtige  
Erscheinung, der man gerne den Fußtritt gibt.  
Unbeachtet dieser Tatsache wird nun ein Sölden-  
lärm angeschlagen, da ein Gesetzartikel beseitigt  
werden soll, der den Streikbrecher, also den  
notorischen Lumpenkerl, unter einen Schutz stellt,  
wie ihn auch der unabhängige Arbeiter und das

### Zum Paragraph 164.

Der Kampf für die Beibehaltung des § 164  
wird von den Bürgerlichen in einer Art und Weise  
geführt, die eine vollständige Verkümmung der  
Sache bedeutet. Nach den Behauptungen der  
gegnerischen Presse wird der Bürger, der den  
öffentlichen Fragen oft kein eingehendes Nach-  
denken widmet, zum Glauben verleitet, es handle

besondere Behandlung der in Frage stehenden  
Ausführungen dadurch gerechtfertigt sei, daß  
es sich nicht nur um die Interessen des Arbeits-  
willigen handelt, sondern um Drittpersonen, die  
in Mitleidenschaft gezogen würden, eine Be-  
schönigung, die in einfaches Deutsch übertragen  
wohl nichts anderes belegen kann, als daß die  
Ausnahmebestimmung notwendig ist, weil es  
sich eben um Straftat handelt.

«Nieder mit dem Gefängnisparagraph!», Vorwärts, 8. September 1907



*Robert Grimm*

Initiativbegehren vom Rat mit grosser Mehrheit dem Volk zur Verwerfung empfohlen. Obschon die SP die 1. Mai-Feier ganz in den Dienst des Kampfes gegen den inkriminierten Paragraphen gestellt und auch sonst ihre ganze Agitationsmaschine in Bewegung gesetzt hatte, lehnte das Basler Volk die Initiative am 7./8. September 1907 mit 7392 gegen 3069 Stimmen ab. Es erwies sich, dass sich die Partei unter dem Druck des radikalen Arbeiterbundes und seines kombattanten Wortführers Grimm zu weit auf die Äste gewagt hatte. Der «Vorwärts» gab unter dem Titel «Verloren!» die Niederlage unumwunden zu, hatten doch sogar die Arbeiter-Wahllokale verworfen. Weder wurden Ausflüchte gesucht, noch die Demagogie der Gegner für das niederschmetternde Ergebnis verantwortlich gemacht. Als Hauptursache erkannte der Kommentator die Verstimmung weitester Kreise des Volkes wegen der «ewigen Streikerei». Da die Arbeitseinstellungen oft planlos vor sich gingen, hätten sie sogar



zahlreiche Genossen verärgert und vermutlich gegen die Initiative aufgebracht. Ein hetzerischer Artikel in der «Schweizerischen Holzarbeiterzeitung», der die Arbeiterschaft zum Generalstreik und zur Sabotage aufforderte, habe der gegnerischen Presse zu alledem noch Wasser auf ihre Mühlen geliefert. Auch der Gegensatz zwischen Arbeiterbund und Partei wurde nicht verheimlicht. Mit einer deutlichen Spitze gegen Grimm spielte der Artikel auf die Radikalinskis im Arbeiterbund an. Im «Jahresrückblick» anerkannte das Parteiblatt, dass man eine falsche Taktik angewendet habe, und stellte seinen Lesern das vorsichtige, dem Volksempfinden voll Rechnung tragende Vorgehen der österreichischen Sozialdemokratie als Vorbild hin.<sup>47)</sup>

Im November 1910 griffen zwei Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion das Problem der Bewaffnung der Polizei mit Pistolen auf; einen entsprechenden Anzug Jeggli überwies der Grosse Rat im Sommer des folgenden Jahres der Regierung. Zu einer scharfen Debatte kam es aber erst wieder, als Dr. Welti im Oktober 1912 die Regierung über den 50-m-Erlass interpellierte, wonach Streikpostenstellen nicht näher als 50 m vom bestreikten Etablissement erlaubt war. Die «Basler Nachrichten» bezeichneten die erregten, von links und rechts zum Fenster hinaus gehaltenen Reden als einen Abglanz der grossen Generalstreiksdebatte im Zürcher Kantonsrat. Wieder einmal erwies sich, dass die Sozialdemokratie allein blieb, wenn die Arbeitskämpfe zur Diskussion standen; auch die Kluft zwischen freien und christlichen Gewerkschaften wurde schlaglichtartig sichtbar.<sup>48)</sup>

Einen letzten starken Widerhall fand der Klassenkampf vor Kriegsausbruch im Grossratssaal anlässlich des Färberstreiks vom Jahre 1913. Es war dabei zu Ausschreitungen bei den Streikenden gekommen, worauf die Polizei von ihrer Schusswaffe Gebrauch gemacht und drei Demonstranten verletzt hatte. Auch hatte die Regierung während sechs Tagen Truppen auf Pikett gestellt. Der Angriff der SP, deren Führung alles in ihrer Macht Stehende getan hatte, um die Bewegung im Zaum zu halten, galt weniger der von der Regierung angeordneten Pikettstellung als dem Verhalten der Polizei. Nicht zuletzt machte man den an der Spitze des Polizeidepartements stehenden Parteigenossen Blocher dafür verantwortlich. Man warf ihm Nervosität und die Arbeiterschaft belastende Aussagen im Grossen Rat bei der Beantwortung einer die Haltung der Polizei betreffenden Interpellation Jeggli vor. Blocher musste sich in einer Fraktionssitzung einem scharfen Verhör unterziehen, wusste sich aber zu verteidigen, so dass man auf Massnahmen verzichtete. Die Debatten im Grossen Rat spielten sich in einer hitzigen Atmosphäre ab und wurden immer wieder durch Zwischenrufe von links und rechts unterbrochen. Für einmal erhielten die Streikenden im kantonalen Parlament vom katholischen Sozialpolitiker Dr. Feigenwinter Unterstützung, der den Arbeitgebern mangelnden Verhandlungswillen vorwarf und die Lohnverhältnisse der Färber als unhaltbar bezeichnete, wie überhaupt dieser letzte grosse Vorkriegsstreik das Basler Volk mehrheitlich auf der Seite der Streikenden sah.<sup>49)</sup>

Bei keinem Arbeitskampf hat sich die Sozialdemokratie der Vorkriegszeit so stark engagiert wie beim Strassenbahnerstreik des Jahres 1905. Den Kern des Konflikts bil-

dete das völlige Fehlen eines Mitspracherechts des Personals. Vordergründig ging es um die Person des Präsidenten des Aushilfspersonals, den die Direktion gemassregelt hatte – wegen mangelhafter Diensterfüllung, wie die Akten beweisen, wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit, wie seine Kollegen behaupteten. Aus Solidarität zu ihrem entlassenen Kollegen erschienen am 16. Juli 1905 von 110 Aushilfsarbeitern nur fünf zum Dienst. Nach mehreren turbulenten Sitzungen, bei denen sich Arbeitersekretär Wassilieff und Grossrat Anton Rimathé für den Streik aussprachen, beschloss eine Strassenbahnerversammlung mit 301 zu 6 Stimmen die Arbeitsniederlegung sämtlicher Personalkategorien. Der Basler Strassenbahnerstreik löste in den bürgerlichen Kreisen des ganzen Landes helle Empörung aus. Die sozialdemokratische Grossratsfraktion befasste sich in vier ausserordentlichen Sitzungen innerhalb von vier Tagen mit der Angelegenheit und trug dazu bei, dass die Strassenbahner nach drei Tagen die Arbeit wieder aufnahmen, nachdem die Regierung versprochen hatte, die Beschwerden so rasch wie möglich zu prüfen. Zwar wurde den materiellen Forderungen nur teilweise entsprochen. Immerhin beschloss im folgenden Jahr der Grosse Rat, das besonders Anstoss erregende Klassen- und Notensystem aufzuheben und auf Initiative von Regierungsrat Zutt die Institution ständiger Arbeitsausschüsse bei der öffentlichen Verwaltung einzuführen, die später den gebräuchlichsten Weg zur Anmeldung und Beseitigung von Missständen in der Verwaltung darstellte.<sup>50)</sup>

### *Volkshausangelegenheit*

Über 30 Jahre waren verstrichen, seit die organisierte Arbeiterschaft erstmals ein eigenes Heim gefordert hatte, als der Grosse Rat 1899 eine entsprechende Regierungsvorlage ablehnte.

Wullschleger, der sich seit Jahren vergeblich um die Verwirklichung dieses Postulats bemüht hatte, warf die Flinte nicht ins Korn. Im Oktober 1900 reichte er einen Anzug ein, mit dem er die Regierung aufforderte, als bleibendes Andenken an die im nächsten Jahr fällige Feier zur Erinnerung an den Eintritt Basels in die Eidgenossenschaft ein Volkshaus zu erstellen, das allen sozialen Schichten, politischen und religiösen Richtungen offenstände. Der Grosse Rat lehnte aber das von einer Eingabe des Arbeiterbunds unterstützte Begehren eindeutig ab. Wullschleger kommentierte das brutale Abstimmungsergebnis im Parteiblatt mit den Worten: «Endlich einmal eine klare Situation. Keine Vertuschung der Klassengegensätze mehr. Der Staat ist kapitalistischer Klassenstaat!»<sup>51)</sup>

Kurz darauf nahm sich die Gemeinnützige Gesellschaft des Anliegens an und bildete eine Kommission, welche die Frage vor allem im Hinblick auf die finanziellen Voraussetzungen prüfen sollte. Bis 1904 gelang es ihr, einen Fonds von rund 4000 Franken zu äufnen, Pläne und Kostenberechnungen zu erstellen, nicht aber die Ungeduld der organisierten Arbeiterschaft zu stillen, zumal diese in ständigem Wachstum begriffen war.<sup>52)</sup>

1904 kaufte der Staat die Burgvogtei an der Rebgasse und stellte deren Räumlichkeiten auch sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Vereinen billig zur Verfügung. Da die Lokalitäten aber von zu vielen Seiten beansprucht und – mit Ausnahme der nur für ganz grosse Anlässe in Frage kommenden Burgvogteihalle – weitgehend ungeeignet waren, war die Versammlungskalamität nicht behoben. Das 1905 gegründete alkoholfreie Johanniterheim, während Jahren die Hochburg der Sozialdemokratie, nachdem das Grütliheim eingegangen war, erwies sich nach dem starken Anwachsen der Partei- und Arbeiterbundorganisationen als zu eng, so dass die meisten Arbeitervereine weiterhin in kleinen, rauchigen Lokalen mit Trinkzwang Unterkunft suchen mussten.<sup>53)</sup>

1908 bemühte sich der Arbeiterbund, mit Hilfe des Kapitals einer Brauerei von sich aus ein Volkshaus zu errichten. Diesem Ansinnen stellte sich der Sozialdemokratische Abstinentenbund entgegen. In einer Artikelserie im «Vorwärts» machte Hermann Blocher auf das Bedenkliche einer Verbindung von Alkoholkapital und organisierter Arbeiterschaft aufmerksam, in scharfem Tone trat ihm Arbeitersekretär Grimm in derselben Zeitung entgegen. Die Argumente Blochers taten dennoch ihre Wirkung. Da zudem bald darauf Arbeitskämpfe in der Brauerbranche ausbrachen, zerschlug sich das Projekt.<sup>54)</sup>

Der letzte Versuch vor Kriegsende, der organisierten Arbeiterschaft angemessene Versammlungsmöglichkeiten zu verschaffen, fiel in das Jahr 1913. Mittlerweile waren, wie sogar die «Basler Nachrichten» hervorhoben, in zahlreichen anderen Schweizer Städten Volkshäuser entstanden. Im Mai wurde die Frage des Vorgehens von der Partei, der Fraktion, von einem Ausschuss des Arbeiterbunds und einer schon früher gebildeten Volkshauskommission gründlich durchgesprochen. Das Ergebnis war ein Anzug Jaeggi im Grossen Rat, der die Errichtung eines Volkshauses auf neutraler und alkoholfreier Grundlage forderte, dieses Postulat aber mit einem zweiten, dem Bau eines Schwimmbades, verband. Am 14. Februar 1914 überwies der Grosse Rat den Anzug der Regierung, die in ihrer nächsten Sitzung darüber verhandelte und die zuständigen Departemente mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragte. Der Kriegsausbruch liess dann allerdings andere Fragen als dringlicher erscheinen. So musste die Sozialdemokratie bis in die Zwischenkriegszeit warten, um das alte Postulat verwirklicht zu sehen. Eine Volksabstimmung vom Februar 1923 bestätigte den Grossratsbeschluss, auf dem Burgvogteiareal ein Volkshaus zu errichten. Es sollte aber nicht mehr einer geschlossenen, sondern einer gespaltenen Arbeiterbewegung dienen.<sup>55)</sup>

#### *10. Kapitel: Schlussbetrachtung*

Beim Erscheinen dieses Bandes sind genau *100 Jahre seit der Entstehung der modernen Arbeiterbewegung Basels* vergangen: 1886 wurde die erste umfassende Organisation von Dauer geschaffen, erhielt die Basler Arbeiterschaft zum erstenmal eine